

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Schriftleiter:**  
Erich Hoffmann, Berlin.  
Telefon: Carl Schlegel 4100-4106



**Abdruck für Verlag und Verbreitung:**  
Berlin G 2 61, Zehn-Märkte-Platz 6  
Druckerei: Cepolin

Die Zeitung ist im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten & Straftat vor dem Bundesrat, wenn nicht anders bestimmt ist. Abdruckung ist verboten & Straftat vor dem Bundesrat, wenn nicht anders bestimmt ist.

Berlin, den 19. Mai 1930

Ein europäischer Staatenbund ?

In: Institut  
88c Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Das europäische Memorandum Briands enthält mehr allgemeine Gedanken-  
gänge als konkrete Vorschläge. Der französische Aussenminister betont mehr-  
mals, dass er mit dieser Denkschrift einen Auftrag ausführe, den ihm die Ver-  
treter von 26 europäischen Staaten in einer Besprechung im Anschluss an seine  
Rede vor der letzten Genfer Völkerbundsversammlung erteilt hatten. Diese Rede  
war recht vage, ihre jetzige Erläuterung ist nicht viel präziser. Man hat den  
Eindruck, als ob Briand ein hohes Ideal vorschwebt, er aber beim Durchdenken  
und bei der Formulierung seiner Ideen auf eine Unmenge von psychologischen,  
politischen, wirtschaftlichen und technischen Hindernissen gestossen ist. Und,  
wie es nun einmal seine Art ist, er wagt es nicht, diese Widerstände frontal  
zu überwinden, sondern er versucht, sie durch allgemeine Redewendungen und  
durch rhetorische Konzessionen zu umgehen.

Der "europäische Staatenbund", der Briand vorschwebt, soll gewissermas-  
sen ein Bestandteil des Völkerbundes sein. Briand weist darauf hin, dass das  
Völkerbundsstatut in seinem Artikel 21 "regionale Abmachungen" vorsehe, und  
er wolle diesen Gedanken, der bereits im Rheinpakt von Locarno in begrenztem  
Maßstab verwirklicht worden sei, auf ganz Europa erweitern und nicht nur  
auf politische, sondern auch auf wirtschaftliche, soziale, hygienische und  
kulturelle Probleme ausdehnen, soweit sie spezifisch europäische Gesamtinter-  
essen berühren. Der unausgesprochene, kaum angedeutete Grundgedanke Briands  
ist freilich vor allem wirtschaftlicher Natur. Erzeugt wurde er wohl insbe-  
sondere durch die amerikanische Hochschutzzollpolitik, die für alle europäi-  
schen Staaten zweifellos eine der grössten wirtschaftlichen und sozialen Ge-  
fahren darstellt. Sogar das bisher von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit  
fast vollkommen verschont gebliebene Frankreich hat neuerdings, zumal für ge-  
wisse Spezialindustrien, die volle Schwere dieser Drohung erkannt. Für andere  
auf industriellen Export ganz besonders angewiesene Länder, nicht zuletzt für  
Deutschland, ist diese Gefahr noch viel grösser.

Aber die europäische Abwehr, die in der Tat eine brennende Frage geworden  
ist, wird gehemmt durch die finanzielle Abhängigkeit, in die ganz Europa von  
den Vereinigten Staaten von Amerika geraten ist. Deshalb beteuert Briand im-  
mer wieder, dass sich sein Plan gegen niemanden richte. Und um zu vermeiden,  
dass die USA diese europäische Gründung zum Anlass nehmen, die südamerikani-  
schen Republiken dem Völkerbund abspenstig zu machen, (soweit dies noch nicht  
geschehen ist), regt er sogar an, dass auch die aussereuropäischen Staaten  
sich in entsprechenden kontinentalen Gruppen zusammenschließen sollten. Vor allem  
aber: der Völkerbund soll in seiner bisherigen Form bestehen bleiben, seine  
Kompetenzen, namentlich als Schlichtungsorgan für politische Konflikte, sol-  
len in keiner Weise geschmälert werden; und, sofern die europäische Zusammen-  
arbeit zur Schaffung neuer konkreter Einrichtungen führen soll, müssen die-  
se Einrichtungen dem Völkerbund mehr oder minder angegliedert werden: auch

für den neuen, auf Europa begrenzten Staatenbund soll Genf als Sitz und Tagungsort beibehalten, ja sogar räumlich und personell soll das Völkerbundssekretariat in Anspruch genommen werden. Darin liegt einstweilen das einzige Konkrete an Briands Vorschlägen: es soll schon jetzt eine alljährliche "europäische Konferenz" abgehalten werden, - also eine Art europäische Völkerbundsversammlung -, es soll ein engeres Komitee gebildet werden - also ein europäischer Völkerbundsrat, und sogar, zunächst wenigstens in beschränktem Umfange, ein ständiges Sekretariat.

Diese Vorschläge verdienen ernste Beachtung, aber auch sorgfältiger, kritischer Untersuchung. Man wird insbesondere die Frage prüfen müssen, ob man das gesamte Völkerbundssystem so ohne weiteres für die europäische Organisation übernehmen soll. Das gilt vor allem für das geplante Komitee, das offenbar, genau wie im Genfer Statut, einen Unterschied zwischen "ständigen" und "nichtständigen" Ratsmitgliedern machen würde. Gegen dieses Zweiklassensystem, das zwar gewiss manche Vorteile hat, aber dem demokratischen Prinzip widerspricht und das sich allzu sehr an die imperialistische Unterscheidung zwischen "Grossmächten" und "kleinen Mächten" anlehnt, hat der internationale Sozialismus stets Einspruch erhoben, als es beim Völkerbundsrat angewandt wurde. Es ist daher sehr zweifelhaft, ob man gut täte, dieses System auch auf einen neu-zuschaffenden europäischen Rat auszudehnen.

Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa ist bereits vor vier Jahren in das Heidelberger Programm der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen worden. Deshalb unterstützen wir jeden Schritt, der in dieser Richtung liegt. Wir begrüßen daher, im Grossen und Ganzen, auch die Ideen Briands, zumal die wirtschaftliche Not Europas, die durch unsinnige Zollschrauben erhöhte Arbeitslosigkeit, die durch Passchikanen erschwerte internationale Freizügigkeit eine zusammenfassende Regelung dieser Probleme notwendiger denn je erscheinen lässt. Freilich darf man nicht allzu zaghaft an die Lösung dieser Fragen herangehen, und das ist es, was bei dem Memorandum Briands besonders auffällt: die Betonung des Vorranges, der den politischen Lösungen vor den wirtschaftlichen gebühre, die ganz überflüssige, aber im französischen Munde nachgerade etwas verdächtig klingende Erwähnung der "Sicherheit" als der Voraussetzung eines jeden Fortschrittes, das sind Hindernisse, die den Verwirklichungen im Wege stehen; es sei denn, dass diese Vorbehalte mehr als Konzessionen an die Mentalität der Militaristen und Diplomaten alten Stils gedacht sind, die jedem internationalen Fortschritt von vornherein misstrauisch und missbilligend im Wege stehen.

Mit Recht wirft Briand u.a. gewisse Fragen auf, die zweifellos bei der Beratung des europäischen Problems auftauchen werden und zu den wichtigsten gehören: Fragen sozialpolitischer Art, z.B. die Angleichung der Sozialversicherungsgesetze - wir fügen hinzu der Koalitionsfreiheit, des Streikrechtes und der Arbeitszeit - ohne die eine wirtschaftliche Einheit in Europa undenkbar ist. Es handelt sich also um grosse Probleme, die die Arbeiterklasse auf das Engste berühren und auf deren Lösung sie unbedingt Einfluss gewinnen muss. Das wird eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in Europa und ihrer internationalen Körperschaften in den nächsten Monaten sein.

-----

SPD. Weimar, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Das thüringische Staatsministerium hat am Montag den nationalsozialistischen Oberregierungsrat z.D. Hellwig zum Polizeidirektor von Weimar ernannt. Der Nationalsozialist Ortlepp, der anfänglich Polizeidirektor von Weimar werden sollte, ist Hellwig als Sachberater beigegeben worden. Zum Polizeidirektor von Gera wurde Landespolizeimajor Kehrl aus Weimar ernannt. Kehrl steht den Nationalsozialisten nahe. In seiner Hand sollen die Fäden zur Beeinflussung

der Polizei im nationalsozialistischen Sinne zusammenlaufen.

Die neuen Polizeidirektoren von Jena, Gotha, Hildburghausen und Zella-Mehlis sind politisch noch nicht hervorgetreten. Da sie von Frick in Vorschlag gebracht wurden, bedarf es wohl kaum noch eines näheren Hinweises darauf, dass auch sie im Grunde ihres Herzens rechts eingestellte Persönlichkeiten sind.

SPD. Die französische Regierung hat anlässlich der Überreichung des Briand'schen Memorandums in Moskau durch den französischen Geschäftsträger nochmals ausdrücklich betonen lassen, dass der Plan eines europäischen Staatenbundes sich in keiner Weise gegen Russland richtet.

SPD. Bochum, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Bezirksbetriebsrätewahlen im Reichsbahndirektionsbezirk Essen hatten folgendes Ergebnis: Einheitsverband 7 028 Stimmen, neun Mandate, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 5 280 Stimmen, sieben Mandate, Allgemeiner Eisenbahnerverband 491 Stimmen, kein Mandat, revolutionäre Opposition 414 Stimmen, kein Mandat. Durch das Auftreten der revolutionären Opposition konnte die christlich-nationale Gewerkschaft ein Mandat mehr für sich buchen. Für den Hauptbetriebsrat wurden die gleichen Stimmen abgegeben mit Ausnahme der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, die 4 889 Stimmen erhielt.

Im Direktionsbezirk Elberfeld erhielten: Einheitsverband 4 683 Stimmen, sieben Mandate, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 2 387 Stimmen, vier Mandate Allgemeiner Eisenbahnerverband (Hirsch-Duncker) 1 035 Stimmen, ein Mandat, revolutionäre Opposition 555 Stimmen, kein Mandat. Die gleiche Stimmenzahl wurde für den Hauptbetriebsrat abgegeben.

SPD. Paris, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Die französische Regierung hat am Montag vormittag endlich die bindende Zusage erteilt, dass die Räumung des Rheinlandes keine Verzögerung erfahren und bis zum 30.Juni dieses Jahres durchgeführt sein wird. Ein darüber herausgegebenes offizielles Kommuniqué hat folgenden Wortlaut:

"Ministerpräsident Tardieu hat am Montag-Vormittag den deutschen Botschafter, Herrn von Hoesch, Aussenminister Briand, den Kriegsminister Maginot und den Vorsitzenden der interalliierten Rheinlandkommission, Paul Tirard, sowie den Oberkommandierenden der Rheinarmee, General Guillaumat, empfangen.

Der französische Ministerpräsident erklärte dem deutschen Botschafter offiziell, dass, nachdem der Young-Plan in Kraft getreten ist, die französische Regierung den Befehl zur Räumung der dritten Zone erteilt habe. Beide Parteien stellten ihre volle Übereinstimmung über die Einzelheiten der Räumung fest, die gemäss dem von den französischen Militärbehörden ausgearbeiteten Plan abgewickelt werden wird. Im Sinne dieses Planes werden sämtliche französischen Truppen die dritte Zone bis zum 30.Juni des Jahres verlassen haben; am selben Tag wird die Besetzung offiziell als beendet erklärt werden."

Über die Schwierigkeiten, die in den letzten Tagen vor der offiziellen Ingangsetzung des Young-Planes aufgetaucht waren und noch am Sonnabend bis zur letzten Minute die Verzögerung des offiziellen Aktes befürchten liessen, veröffentlicht der "Temps" am Montag ein offizielles Kommuniqué. Danach haben diese Schwierigkeiten ihren Ursprung in der Frage der Redaktion des deutschen

Schuldverschreibungszertifikates gehabt, das für die Annuitäten der 22 letzten Jahre nur geschützte Zahlungen vorsieht, während die Gläubigermächte die Forderung erhoben, dass auch bei den letzten 22 Annuitäten eine ungeschützte Tranche vorgesehen werde. Die Einigung erfolgte schliesslich in der Form, dass das deutsche Zertifikat die ursprüngliche Fassung beibehielt (also nach wie vor keine ungeschützten Zahlungen vorsieht), die fünf Gläubigermächte, Grossbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Japan jedoch in einem Brief, der als Annex dem Dokument beigelegt wurde, sich eine Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes vorbehalten. Zu welchem Zeitpunkt allerdings die Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes, der über die strittige Frage der 22 letzten Annuitäten entscheiden wird, stattfinden soll, wird in dem Brief nicht gesagt. In Beantwortung des Briefes erklärte der Vorsitzende der Kriegslastenkommission, Dr. Ruppel, in einem zweiten Brief, dass Deutschland an seiner Interpretierung des Vertragstextes nach wie vor festhalte.

In den Räumen der Reparationskommission wurde am Montag vormittag in Anwesenheit der Vertreter der Gläubigermächte und des Reiches, sowie des Vorsitzenden der Kriegslastenkommission die feierliche Vernichtung der alten deutschen Schuldverschreibungsbons vorgenommen. Es wurden nacheinander verbrannt: die sogenannten A-, B- und C-Obligationen, die im Gesamtwert von 132 Millionen Goldmark aufgrund des ersten Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 von der Reichsregierung ausgestellt worden waren. Weiter die Obligationen der Deutschen Reichsbahn in Höhe von elf Milliarden Mark, die aufgrund des Dawes-Planes im Jahre 1924 der Reparationskommission übergeben worden waren, schliesslich die Industrieobligationen in Höhe von fünf Milliarden Mark, die ebenfalls aufgrund des Dawes-Planes von der Reichsregierung ausgestellt wurden. Die Archive der Reparationskommission, die mit dem Young-Plan zu existieren aufhören, werden in dem französischen Nationalarchiv hinterlegt werden.

SPD. Die thüringische Staatsregierung hat am Montag auf die offizielle Anfrage des Reichsinnenministeriums, ob die Meldungen über die Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren zutreffen, und die privaten Rat-schläge des Reichsinnenministers Dr. Wirth an den thüringischen Staatsminister Baum mit der Ernennung von Nationalsozialisten zu Hütern der Verfassung und der öffentlichen Ruhe und Ordnung geantwortet. Baum hat dem Reichsinnenminister gleichzeitig ein Schreiben übermittelt, in dem es heissen soll, dass nach der Auffassung der thüringischen Staatsregierung Nationalsozialisten, die den Eid auf die Verfassung leisten, zu Beamten ernannt werden können.

Das hat Herr Wirth nun von seiner lendenlahmen Haltung. Statt bei dem von Severing eingeschlagenen Kurs zu bleiben, bis über die Absichten des Putschisten Frick völlige Klarheit geschaffen und die Ernennung von Nationalsozialisten ein- für allemal verhindert war, hob er die Sperre der Reichszuschüsse für die thüringische Polizei auf und ermunterte die thüringische Regierung geradezu zu einer Haltung, deren erste Früchte jetzt vorliegen. Putschisten als Polizeidirektoren - das war seit Anbeginn der Ära Frick das Ziel der Nationalsozialisten. Es wurde erreicht mit Hilfe der Volkspartei Thüringens, unter stillschweigender Duldung des Reichsinnenministers. Diese Duldung liegt insofern vor, als Wirth in der Öffentlichkeit bisher nicht mit einem Wort hat erkennen lassen, dass er gegen die Ernennung von Nationalsozialisten zu Trägern der Polizeigewalt mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einschreiten werde. Wird er wenigstens nachträglich vorgehen oder will er wirklich zusehen, wie man von Thüringen aus daran geht die Republik zu unterhöhlen?

Mit der Ernennung von eingeschworenen Putschisten zu Polizeidirektoren ist der vorübergehend beigelegte Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen wieder akut geworden und die Regierung Brüning vor eine neue schwierige Auf-

gabe gestellt. Wird sie sich vor die Verfassung stellen oder werden Zentrum und Demokraten wieder einmal vor den Vertretern des Stahlhelms in dieser Regierung kapitulieren? Die am Dienstag beginnenden Beratungen des Haushaltsausschusses über den Etat des Reichsinnenministers werden Gelegenheit bieten, die Regierung Brüning über die jüngsten Vorgänge in Thüringen zu interpellieren und den Charakter dieser Regierung von neuem auf die Probe zu stellen

-----  
SPD. Stuttgart, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Auf dem Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA) in Stuttgart führte Urban in seinem Geschäftsbericht u. a. aus :

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse konnte sich die Mitgliederzahl in zwei Jahren um rund 50 000 erhöhen, sodass sie jetzt etwa 210 000 beträgt. Die Beitragseinnahmen sind gestiegen, aber auch die Aufwendungen für Verwaltung, Unterstützungen, Bildungs- und Jugendarbeit usw. Der Verband hat im Reiche etwa 800 Ortsgruppen mit über 100 Geschäftsstellen, in denen hauptberufliche Beamte der Organisation tätig sind. In der Hauptverwaltung in Berlin waren Ende 1929 insgesamt 152 Personen beschäftigt. Darüber hinaus hat sich der ZdA für die notwendige Kleinarbeit in den einzelnen Betrieben einen Stab von etwa 20 000 Vertrauensleuten geschaffen. Die Tarifbewegungen des Verbandes sind, wenn man die unter der Angestelltenschaft besonders grosse Arbeitslosigkeit in Betracht zieht, günstig verlaufen. Die Zahl der Tarifabschlüsse ist von 881 im Jahre 1927 auf 1 055 im Jahre 1929 gestiegen. Durch gewerkschaftliche Bemühungen konnten die tariflichen Durchschnittsgehälter in einzelnen wichtigen Wirtschaftszweigen im Vergleich zum Jahre 1927 erheblich, z. T. bis zu 12 % gesteigert werden.

Susanne Suhr erstattete einen Bericht über die Arbeits- und Lebensbedingungen der weiblichen Angestellten. Der Zustrom von Frauen zu den Angestelltenberufen sei, so führte sie aus, so gross, dass der weibliche Teil der Angestelltenschaft erheblich mehr unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu leiden habe als die männlichen Kollegen. Der Kampf um den Arbeitsmarkt werde durch die Minderbezahlung der Frauenarbeit auf ein falsches Gleis geschoben. Dadurch werde nicht nur das Lebensniveau der weiblichen Angestellten gedrückt, sondern auch noch der unfreiwillige Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau verschärft. Angesichts dieser Lage habe der ZdA eine Umfrage unter seinen Funktionärinnen veranstaltet. Aus den rund 6000 beantworteten Fragebogen gehe hervor, dass fast die Hälfte der weiblichen Angestellten weniger als 125 Mark im Monat verdiene; das Durchschnittsgehalt betrage 146 Mark brutto. Nur die knappe Hälfte der Befragten habe die 48 Stundenwoche, viele müssten ausser den Überstunden im Geschäft noch häusliche Überarbeit leisten. Dementsprechend seien auch die Klagen über Gesundheitsschädigungen durch die berufliche Tätigkeit sehr gross. Am ungünstigsten schienen die Verhältnisse bei den "älteren" Angestellten des Einzelhandels (schon die 25 bis 30 Jährigen gehören dazu!) zu sein. Der ZdA habe die Forderung "Gleicher Lohn für gleiche Leistung" schon deshalb von jeher vertreten, weil er die Zusammengehörigkeit der Angestellten zu einer gemeinsamen Organisation von Männern und Frauen betont. Umsomehr gehe sein Kampf dahin, dass eine Schicht wie die weiblichen Angestellten, die sich immer stärker zu einer typischen Berufsschicht der Frauenarbeit entwickelt hat, aus ihrer unbestreitbaren Notlage herausgerissen wird.

Am Montag vormittag begann die Aussprache über die Vorstandsberichte: Ohlhoff-Mainz wünschte den Ausbau der Verbandszeitung und die Besetzung einer neuen Stelle im Hauptvorstand mit einer Frau. Grete Sehner-Neukölln setzte sich für stärkere Heranziehung der Frauen zu verantwortlicher Mitarbeit im Verband ein, ebenso Frida Wagner-Frankfurt a.M., die 5 Beiratssitze für die Frauen beansprucht. - Josef Schneider-Duisburg erörterte Fragen der Berufskrankenkasse. Ernst Bernhard-Hessen sieht in der grossen Erwerbslosigkeit

eine Gefahr für die Lohnhöhe. Deshalb fordert er das Eintreten der Betriebsräte für Einstellungsrichtlinien und energische Bekämpfung der Überstunden. Scholz-Eschwege fordert, schon jetzt mit allen Mitteln auf eine Einheitsorganisation aller Angestellten hinzuwirken und die sozialdemokratische Partei zu veranlassen, für die nächste Reichstagswahl einen offiziellen Verbandsvertreter auf die Reichsliste zu stellen.

In seinem Schlusswort betonte Vorsitzender Urban, die Aufgaben der Organisation seien so rasch gewachsen, dass die Verwaltungskosten nicht weiter heruntergedrückt werden könnten. Zur Abwehr der von Kommunisten und Nationalsozialisten befürchteten Schädigungen des Verbandes genügten die schon früher gefassten Beschlüsse. Wenn ein weibliches Mitglied in die Verwaltung gewählt werden solle, so müsse es für die Bewältigung aller in der Organisation entfallenden Arbeiten geeignet sein. Über die Frage, ob die Verkürzung der Arbeitszeit unter 8 Stunden hinausgehen sollte, müssten die Spitzenorganisationen entscheiden. Im Hinblick auf die grosse Arbeitslosigkeit sei die geforderte Arbeitszeitverkürzung angebracht.

Angenommen wurde ein Antrag der Ortsgruppe Gross-Berlin, der den Vorstand beauftragt, Schritte gegen die dauernden Heruntergruppierungen, Kündigungen und Entlassungen von Behördenangestellten zu unternehmen. Der Antrag wendet sich auch gleichzeitig dagegen, dass ortsansässige Behördenangestellte ihren Platz Versorgungsanwärtern überlassen müssen, die oftmals erst von auswärts herangeholt werden. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

-----

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, die im April beschlossene Sonderumsatzsteuer zu beseitigen. Nach dem Antrag soll der Gesetzentwurf dem Reichstag durch die Reichsregierung bis zum Herbst 1930 vorgelegt werden.

Der Zentrumsantrag schiebt ohne Zweifel die Angelegenheit auf die lange Bank. Nachdem sich so ziemlich alle Wirtschaftskreise gegen die Ausnahmesteuer erklärt haben, wird die Regierung an ihrer baldigen Beseitigung kaum vorbeikommen. Aber wir werden ja sehen, ob das Zentrum auf diese Regierung mehr Einfluss besitzt als die Partei der Schlächter- und Bäckermeister.

-----

SPD. New York, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Ein Wirbelsturm, der am Sonnabend den östlichen Teil von Arkansas heimsuchte, führte zum Tod von 17 Personen und zur Verletzung von rund 100 Menschen. Im Südwesten der Provinz wurde durch Wolkenbrüche riesiger Sachschaden angerichtet. In den Oelgebieten sind tausende von Personen infolge der Verwüstungen obdachlos geworden. Der Sachschaden wird allein im Oelgebiet auf fünf Millionen Mark geschätzt.

-----

SPD. Der Oberpräsident von Berlin und Brandenburg hat gegen den Berliner demokratischen Stadtrat Katz ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung eröffnet. Das Verfahren soll Klarheit darüber schaffen, ob Katz seine Tätigkeit als Amtsperson mit privaten Geschäften verquickt hat.

-----

SPD. Weimar, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Nationalsozialisten erbrachen gewaltsam die in der Nähe von Jena gelegene Kapellenburg und hausten in den Räumen wie die Schweine. Die Namen der Eindringlinge konnten festgestellt werden.

-----

SPD. London, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

In einer von dem Staatssekretär für Indien, Benn, gezeichneten offiziellen Übersicht über die Lage in Indien wird festgestellt, dass die Haltung der Stämme an der Nordwestgrenze in der vergangenen Woche das Hauptinteresse auf sich gezogen habe, Der Haji von Turangsai und sein Sohn hätten versucht, eine Streitmacht auf die Beine zu bringen. Das sei jedoch an der Unwilligkeit der mohammedanischen Bewohner gescheitert. Lediglich in gewissen Ortschaften an der Peschawar-Grenze hätte der Versuch Unterstützung gefunden. Die Demonstrationen englischer Flugzeuge seien nicht ohne heilsame Wirkung geglieben. Datta Khel, wo ein britischer Posten von Eingeborenen angegriffen wurde, sei am Mittwoch nach vorheriger Warnung mit Bomben belegt worden.

Wie ferner aus den letzten in London eingetroffenen Berichten hervorgehe, sei die Unrast in Wasirista auf die bewusste Verbreitung falscher Nachrichten über die Lage in Indien durch Mitglieder des Nationalkongresses zurückzuführen. Es sei jedoch eine Entspannung in der Lage festzustellen. An der Nordwestgrenze selbst seien energische Massnahmen zur Verbesserung der Lage vorgenommen worden. Die Operationen hätten sich insbesondere gegen die Organisation der Rot-Hemden gerichtet. Der Verband sei verboten worden. Es bestehe Grund zu der Annahme, dass die Öffentlichkeit in Indien der dauernden Trauertage (Hartal), die grosse geschäftliche Verluste mit sich brächten, müde werde.

Der Minister für Indien erklärt am Schluss seiner Übersicht, dass die Regierung alle in ihrer Macht stehenden Mittel einsetze, um die Folgen der Tätigkeit des Aktionsausschusses des indischen Nationalkongresses zu bekämpfen.

-----

SPD. Amsterdam, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Ein Ausbruch des in Java gelegenen Vulkans Telemojo führte zur Bildung eines gewaltigen Schlammstromes, der das Dorf Hakasan zwischen Samarang und Solo vollständig dem Erdboden gleichmachte. 45 Einwohner des Dorfen fanden den Tod. Die Landstrasse zu den Nachbarorten ist auf eine Strecke von 7 Meilen vernichtet. Viele Brücken sind zerstört. Der Telemojo ist ein doppelter Ringvulkan von 1892 Meter Höhe.

-----

SPD. London, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Der "Daily Herald" schreibt zu dem von Briand aufgeworfenen Problem einer europäischen Föderation:

Das Memorandum sei ausserordentlich vieldeutig, wo es sich um Einzelheiten handele. Einmal gewinne man den Eindruck, als ob nichts weiter als eine zusätzliche Gruppe innerhalb des Völkerbundes geschaffen werden solle, Dann wieder scheine es, als ob eine tatsächliche Föderation geplant sei. Das erstere sei geeignet, den Wagen des Völkerbundes durch ein fünftes Rad zu ergänzen, was unter Umständen neue Schwierigkeiten bereiten könnte. Ein europäischer Block innerhalb des Völkerbundes müsse Verdacht und Reibungen zwischen den europäischen und nichteuropäischen Mitgliedern des Völkerbundes erzeugen und es sei schwer einzusehen, welche Vorteile den Nachteilen gegenüberständen. Briands Wünsche gingen sicherlich weiter. Aber man gewinne den Eindruck, dass der französische Aussenminister vor den gigantischen Schwierigkeiten einer wirk-

lichen Föderation zurückschrecke. Sowjetrussland greife weit über Europa hinaus und Grossbritannien stehe nur mit einem Fuss in Europa. Aber auch Frankreich, Holland, Portugal und in geringem Masse Italien seien nicht nur europäische Mächte. Briand sei altmodisch. Der Kampf gegen den Nationalismus, gegen veraltete Souveränitätsvorstellungen und gegen ökonomische Kirchturmspolitik müsse fortgesetzt werden. Aber Briand rolle die Front auf einer zu schmalen Basis auf. Man müsse fürchten, dass die Ergebnisse seines furchtsamen Planes in Italien und in einzelnen kleinen Staaten Befürchtungen über eine französische Vorherrschaft in Europa erringen, in Sowjetrussland Angst vor einer antirussischen Politik erzeugen, sowie in den Vereinigten Staaten Furcht vor einer anti-amerikanischen Politik schaffen würden. Daraus könne man den Schluss ziehen, dass man weiter gehen müsse, wenn man infolge Briands Plänen nicht schlechter fahren wolle.

-----

SPD. Genf, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Internationale Arbeitsamt hat den Regierungen einen Bericht über die Arbeitszeit in den Kohlengruben zugesandt, der in der am 10. Juni beginnenden Arbeitskonferenz zur Behandlung gelangt. Als Beratungsgrundlage wird ein Konventionsentwurf vorgeschlagen, nach dem in allen Kohlengruben die Arbeitszeit auf  $7\frac{1}{2}$  Stunden pro Tag und 45 Stunden pro Woche beschränkt werden soll. Jedoch soll für eine höchstens dreijährige Übergangsperiode die tägliche Arbeitszeit bis auf  $7\frac{3}{4}$  Stunden und pro Woche auf 46 Stunden festgesetzt werden können. Die Berechnung der Arbeitszeit ist von dem Augenblick vorgesehen, in dem der Arbeiter die Grube betritt und sobald er sie wieder verlässt.

-----

SPD. Kairo, 19.Mai (Eig.Draht.)

Die Mitglieder der ägyptischen Delegation, die nach dem Scheitern der Londoner Vertragsverhandlungen am Montag nach Kairo zurückkehrten, waren bei ihrer Ankunft Gegenstand lebhafter Huldigungen. Tausende hatten am Quai Aufstellung genommen und begrüßten den ägyptischen Ministerpräsidenten und seine Mitarbeiter mit Rufen wie: "Hoch die ägyptische Unabhängigkeit" und "Hoch der Sudan".

-----

SPD. London, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

In Beantwortung einer konservativen Anfrage erklärte Aussenminister Henderson am Montag im Unterhaus, dass die Regierung nicht beabsichtige eine Zensur für die an die Sowjetbotschaft in London gerichteten Telegramme einzuführen. Das angeregte Vorgehen werde keiner ausländischen diplomatischen Vertretung gegenüber angewandt und widerspreche der internationalen Praxis.

-----

SPD. Bombay, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Aus einem Bericht der Regierung der Provinz Bombay über die Lage in der Provinz geht hervor, dass sich seit der Erklärung des Standrechts keine neuen Unruhen ereignet haben. Im Distrikt Scholapur herrsche Ruhe und die Spinnereien hätten ihre Arbeit überall wieder aufgenommen. Die Militärgerichte, die nach Ausrufung des Standrechts eingesetzt worden seien, würden demnächst durch normale Gerichte ersetzt. Die regulären Truppen sowie die Hilfstruppen hätten von der Schusswaffe nie Gebrauch gemacht. "Die Haltung der Menge", so heisst es in dem Bericht wörtlich, "bei allen beschriebenen Gelegenheiten, zeigt klar und

deutlich, dass es sich nicht um eine gewöhnliche Menschenmenge handelte, sondern dass das Vorgehen des Mob von Personen geleitet und kontrolliert worden ist, die sich im Hintergrunde hielten." Der Bericht betont aber gleichzeitig, dass die Gerüchte über angebliche Grausamkeiten der Menge gegenüber der Polizei nicht den Tatsachen entsprechen.

SPD. Am Montag abend verabschiedete der Haushaltsausschuss des Reichstags die noch restlichen Positionen des Etats des Reichsarbeitsministeriums. Sozialdemokratische Anträge, welche die Erhöhung des Gesamtbetrages für die Krisenunterstützung von 150 Millionen auf 225 Millionen Mark und des Gesamtbetrages für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge von 55 Millionen auf 80 Millionen Mark vorsahen, wurden abgelehnt. Angenommen wurde eine Entschliessung, in der die Reichsregierung ersucht wird, wegen der gefahrdrohenden teilweisen oder vollständigen Stilllegung des Mansfelder Bergbaues mit Preussen in Verhandlungen darüber einzutreten, in welcher Weise geeignete Massnahmen gegen diese Gefahren ergriffen werden können.

SPD. Antlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett befasste sich am Montag mit der wirtschaftspolitischen Lage in ihrer Gesamtheit und den vor der Sommerpause zur Erledigung zu bringenden Vorlagen. Das Reichskabinett war sich darin einig, dass alle Mittel daran gesetzt werden müssen, zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Wirtschaft nach Kräften zu beleben. Zu diesem Zwecke werden Verhandlungen mit der Reichsbahn- und Reichspostverwaltung eingeleitet mit dem Ziele, möglichst umfangreiche Lieferungsaufträge baldigst zur Ausführung zu bringen.

Auch der Wohnungsbau, insbesondere soweit es sich um Kleinwohnungen handelt, wird durch besondere Massnahmen gefördert werden. Bereits im Gang befindliche Verhandlungen über die kommunale Umschuldung sollen beschleunigt zu Ende geführt werden. Zur Förderung der Bauwirtschaft und Linderung der Arbeitslosigkeit wird auch die Frage der Inangriffnahme und des Ausbaus grosser Strassenbauten geprüft werden.

Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, im Rahmen der Haushaltsmittel alle Lieferungsaufträge unverzüglich in Gang zu setzen. Die Umgestaltung der Golddiskontbank auf ihre neuen Aufgaben wurde gleichfalls in der heutigen Sitzung eingehend erörtert. Schliesslich berichtete der Reichsfinanzminister über die geplante Gestaltung des Ausgabesenkungs- und Spargesetzes sowie der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über das in Vorbereitung befindliche Standard-Gesetz für landwirtschaftliche Produkte.

Die Durchführung dieses Gesamtprogramms wird ohne Inanspruchnahme neuer Haushaltsmittel erfolgen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 19. Mai (Eig. Bericht)

Zu den Teilen des Reichshaushaltes, die selten lebhaft parlamentarische Debatten verursachen, gehört der des Reichsverkehrsministeriums. Auch in diesem Jahr verlief die Plenarberatung dieses Haushaltes in recht ruhigen Bahnen.

In der Reichstags-sitzung vom Montag erstattete der Abg. Dr. Klönne (Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft) den Ausschussbericht. Er bezeichnete die Tariferhöhung als ein schlechtes und rohes Mittel, die Reichsbahnfinanzen zu sanieren. Richtiger sei es, die Verkehrssteuer aufzuheben, die die Reichsbahn schwer belaste. Während seines Vortrages vergass Klönne allmählich, dass er als Berichterstatter sprach und wandelte sich mehr und mehr zu einem deutschen nationalen Unternehmer. Er meinte, das ganze Wirtschaftssystem der Reichsbahn sei verkehrt. Sie folge dem Beispiel der Reichsregierung, wie das ganze Volk dieses Beispiel aufgenommen habe, nämlich mehr Geld auszugeben als man habe, und zwar auch für unnötige Zwecke. Die vielbesprochene Konkurrenz der Lastkraftwagen ist nach der Meinung Klönnes nur schwer zu brechen. Ein gewisser Teil der früher von der Reichsbahn beförderten Güter, Bier z.B., werde nicht mehr zur Reichsbahn zurückkehren.

Einen programmatischen Vortrag hielt dann der Reichsverkehrsminister von Guérard. Er bezeichnete den Reichszuschluss von 202 Millionen Mark für das Verkehrsministerium nicht als beträchtlich, wenn man berücksichtige, dass allein die Reichsbahn 5½ Milliarde Ausgaben hätte. Hinzu kämen noch die Ausgaben für Privat- und Kleinbahnbetriebe. Mit den bescheidenen Mitteln könne das Reichsverkehrsministerium keine grosse Verkehrspolitik treiben. Als seine Hauptaufgabe betrachte er, der Zersplitterung des Verkehrswesens zu steuern und für die verschiedenen Verkehrsarten gleichmässige Bedingungen zu schaffen. Die Reichsbahn dürfe durch die auf ihr liegenden Lasten gegenüber den Kraftwagen nicht benachteiligt werden. Die Beförderungssteuer für die Reichsbahn sei nicht tragbar. Der Fehlbetrag der Reichsbahn wachse von Jahr zu Jahr. Gegenüber den Kanalplänen verhielt sich der Minister sehr reserviert. Über den Aachen-Rhein-Kanal sei das endgültige Urteil noch nicht gesprochen. Mit der Bereitstellung von 18½ Millionen Mark für die Fortführung des Mittellandkanals könnten nur die notwendigsten Arbeiten ausgeführt werden. Die kilometrischen Leistungen im Luftverkehr seien im Jahre 1929 um 1 Million zurückgegangen. Hinsichtlich einer Erhöhung der Personentarife behält sich der Minister seine Stellungnahme vor.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schumann sprach entschieden gegen eine weitere Tariferhöhung. Sie liege nicht im volkswirtschaftlichen Interesse. Die Reichsbahn solle ihren Betrieb modernisieren. Sie solle ferner sparen, wo es möglich sei, im Bahnschutz z.B. durch Beseitigung der Leistungszulagen und durch Herabkürzen der hohen Gehälter für die Oberbeamten. Auch die Aufhebung der Beförderungssteuer hält Schumann für notwendig. Er bemängelt dann, dass bei der geringen Entwicklung des Luftverkehrs eine Summe von 2 bis 3 Millionen Mark jährlich für die Ausbildung von Fliegern verwandt werde. Das gehe weit über den Bedarf hinaus. Ein Antrag der Sozialdemokraten, davon 1,3 Millionen zu streichen, sei im Ausschuss leider nicht angenommen worden. Schumann trat dafür ein, dass im kommenden Jahre für Kanalneubauten, insbesondere auch für den Mittellandkanal, wieder grössere Summen eingesetzt würden.

Für die steuerliche Entlastung der Reichsbahn setzten sich auch noch der deutschnationale Abg. Hartmann und der Zentrumsabg. Gross ein. Dieser verlangte auch, dass ohne Rücksicht auf die Reichsfinanzen der Luftfahrt finanziell geholfen werden müsse. Die Flughäfen seien weiter auszubauen. Der Demokrat Dr. Wieland bezweifelte, ob durch Tariferhöhung mehr Einnahmen erzielt würden. Der Wirtschaftsparteiler Mollath rügte, dass ein schlesischer Eisenbahndirektionspräsident Besichtigungsfahrten im Salonwagen mache, der ständig unter Aufsicht des Bahnschutzes stehe.

Weiterberatung Dienstag drei Uhr.

---

# Aus aller Welt

Das schönste Binnenbad Europas.

25 000 Berliner sonnen sich am Wannsee.

SPD. Die Berliner haben einen neuen Rekord aufgestellt und diesmal einen, auf den sie stolz sein können. Mit einem neuen Riesenbau am Wannseebad dürfte Berlin das schönste Binnenbad Europas überhaupt haben. Am Sonntag ist die herrliche parkumgrenzte Anlage offiziell eröffnet worden, man kann nicht sagen, dass die Leute sich nicht interessiert gezeigt hätten. 25 000 Berliner passierten an diesem Tag die Tore zum neuen Paradies! 25 000 an einem noch nicht all zu heißen Maisonntag! 25 000, obgleich zur selben Zeit der Müggelsee für seine Badegäste eine "komfortable" Einrichtung erhalten hat!

Was für ein Gegensatz! Wenn die Londoner etwas vom Meer, das so nahe liegt, haben wollen - ein Wunsch, der gleichfalls nahe liegt: dann müssen sie nach Brighton fahren; Brighton möchte man deshalb nicht den "Wannsee von Berlin" nennen, weil es eigentlich nur aus einer Front hässlicher Hotels, aus einer stets autoübersäten, benzindunstigen Strasse und aus einem steil abfallenden spitzen Steinstrand besteht. Die Leute sind in Liegestühlen wie die Heringe nebeneinander gereiht, aber die Stühle sind nicht etwa dem Meere zugedrückt, sondern der Antustrasse, den Fischbratküchen, den Stuckfassaden der Hotels...

Der Berliner hat es besser. Erstens wächst zwischen Autohauptstrasse und Wannseestrand viel Wald. Zweitens gibt es noch mehr schöne Ausflugs- und Paudegelegenheiten in der Umgebung Berlins, als dass sich nun die ganze Bevölkerung auf den verhältnismässig kleinen Wannseerand ergiessen müsste: wenn in London Hunderttausende nach Brighton fahren, so strömen doch nur Zehntausende zum Wannsee. Drittens hat der Wannsee wirklich schönen weissen feinen Sandstrand, wie er idealer an der Nord- und Ostsee auch nicht anzutreffen ist.

Wundervoll ist, dass durch den neuen länglichen Riesenbau aus gelben Ziegeln - eine Kombination von Kabinenräumen, Massenauskleidehallen, Läden und Gastwirtschaftsräumen - das Landschaftsbild nicht im geringsten zerstört wird. Prachtvoll gliedern sich die nach Plänen des Stadtbaurats Wagner errichteten Baulichkeiten in den Gesamtcharakter der Landschaft ein. Besonders schön ist es, dass man sich auf den breiten Sonnendächern förmlich braten lassen kann. Ausserdem bietet sich von jedem Stand- und Liegepunkt aus eine herrliche Nah- und Fernsicht: unten das bunte Gewimmel der sich badenden sandenden und sonnenden Menschen, - in der Ferne die blaue Fläche des Wannsees von Booten gepunktet, von Segeln unterstrichen, am jenseitigen Ufer von frühlings-grünem Wald gesäumt. Von Zeit zu Zeit fährt über dem Himmel ein silberner Fisch: das Reklamaluftschiff einer Schokoladenfirma. Sofern Zeppelin der Kleine keine Schokolade regnen lässt, begegnet er nur geringem Interesse.

Von morgens bis abends sprudelt das Tohuwabohu der Vergnügtheit. Goethe hat bei ähnlichem Anlass gedichtet: "Zufrieden jauchzeit Gross und Klein, hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein!" Das Volk Berlins, auf das Goethe allerdings nie gut zu sprechen gewesen ist, das er "verwegen" nannte und von dem ihm höchstens die Teltower Rübchen sympathisch gewesen sind - das Volk Berlins drückt sich weit weniger gereimt, aber deswegen durchaus nicht undeutlich aus. Es gibt kaum irgendeine Situation, die nicht in irgendeiner witzigen Bemerkung ihren Niederschlag fände. Den Sauren-Gurken-Verkäufer, der sich durch den Riesenhut, den er trägt, einen reichlich exotischen Anstrich ver-

leicht, begrüsst einer mit den Worten: "Mensch, Dir haben Sie wohl mit ne Mohrrübe aus'n Urwald jelockt?" - Gleichfalls etwas urwäldlerisch lautet die Antwort eines jungen Mannes, dem ein blondes Mädchen extatisch zuruft "Ach, Fritz, heirat' mich!" Das war ganz bestimmt nicht ernst gemeint, aber dem jungen Mann scheint doch ganz mulmig zu werden. Er antwortet: "Ach Kind, Du darfst nen alten Mann nicht im Wald erschrecken!" Und weg läuft er in den Urwald am Wannsee in den Grunewald.

+

Man wandert weiter, vorbei an Ansammlungen junger Menschen, die sich mit Pfänderspielen vergnügen, was von dem Moment an auf bedeutende technische Schwierigkeiten stösst, wenn die jungen Mädchen nichts weiter am Leibe haben, als ihre Badeanzüge...-, man kommt zu turnerisch begeisterten Gruppen, die den Jubel der Umstehenden dadurch hervorrufen, dass sie sich in Pyramidenform übereinander stellen - man kommt auch schliesslich zur Boxabteilung. Es wird natürlich nur trainiert, und die geboxten Objekte sind durchaus nicht immer Menschen, sondern vielfach Bälle. Einer stellt sich beim Training etwas dumm an. Er muss viel Gelächter über sich ergehen lassen. "Mensch, hast Du nen porösen Caces!" Die "weiche Birne" ist also unmodern geworden, desgleichen der "harte Appel" oder die "saure Murre". Schliesslich gibt der Angepflaumte eine ganz hübsche Antwort: "Mensch, Dir hau ick en paar vor die Linse", worauf der andere wieder sagt: "Mensch, ick mach aus Dir en Besen und feg damit die Eisbahn uff!"

Nun, man knallt sich hier keine vor den Latz; ausserdem ist für Modellierarbeiten ein wirklicher Spezialist da: ein Sandbildhauer. Aus Wannseesand formt er einen sehr nett im Sande liegenden Frauenakt, einen beängstigend wilden Löwen, den Kopf Eckeners, den Kopf Hindenburgs. Das Publikum begutachtet das Werk des Mannes, von dem wir in seinem Interesse annehmen wollen, dass er sein Talent nicht alle Tage im Sande verlaufen lässt, kunstverständlich. Ausserdem tut sich einer als Sachverständiger auf: "Na Mensch, nu popele man noch Eckener en bisken in die Neese rum, der braucht se jetzt ziemlich jross, weil er so viel dünne Luft atmen muss".

+

Das älteste Spiel, der Flirt, ist im übrigen noch immer das beliebteste. Von Sandhaufen zu Sandhaufen, von Korb zu Korb, von Junge zu Mädchel fliegen zärtliche Blicke, lieblich-blöde Unterhaltungen. Feine Fäden spinnen sich an, man rückt näher.- Weiterhin werden die geographischen Veränderungen der Strandbesiedlung auch von der Musik her bestimmt: besonders gern gruppiert man sich um die Grammophone. Von Liszt bis Iehar, von Beethoven bis Weill reicht das Programm, und jeder nassauert da gern ein bisschen mit. Hört man den dreigroschenoperalen Song "Der Mensch ist garnicht gut -" - "so sieht man unwillkürlich erstaunt auf. Hier ist er gut, hier ist er zufrieden - bis sechs Uhr abends. Denn um 6 Uhr wird der Himmel schwarz, die Boote schiessen ängstlich über den See, die Mütter packen a) ihre Babys, b) die ungegessenen Stullen zusammen: schon pladdert's los - alles verlässt fluchtartig den Strand. Zurück bleiben nur ein paar Kinder, die irgendwo im Gewimmel ihre Mütter verloren haben und nun schnell noch ausgeklingelt werden müssen. Zurück bleibt, in einem Liegestuhl eng aneinander geschmiegt, ein Liebespaar in seliger Verzückung. Weder er noch sie scheint zu merken, dass es giesst, was das Zeug hält. Ihre Liebe ist eben schon überirdisch gross. Ihre Liebe ist von Gott. Und der thront bekanntlich über den regenschweren Wolken...

Ego.

Ehedrama im Seebad! In einem Hotel in Heringsdorf erschoss der Photograph Wilhelm Stammer aus Swinemünde seine Frau und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Der Mann verschied sofort; die Frau starb nach einer halben Stunde.

+

+

+

## Max Valiers Heldentod.

Die Tücke des Objekts - der Tod im Laboratorium - "Mein glücklichster Tag" -  
Das Schlachtfeld der Menschheit.

Max Valier, der bekannte Raketenforscher, ist bei einem Versuch in seinem Laboratorium tödlich verunglückt. Valier, der nur 35 Jahre alt geworden ist, ist wohl der erste Spezialist für die Erforschung des Raketenantriebs gewesen, sein tragisches Ende zerstört jäb und grausam eine Forscherlaufbahn, der von allen fachlich Interessierten noch eine grosse Zukunft vorausgesagt war. Ein zäher, unermüdlicher Arbeiter, der im Stande war, sich wochenlang gänzlich von aller Umwelt abzuschliessen und nur seinen heissgeliebten Experimenten zu leben, wenn er einer neuen Sache auf die Spur kam, ein zielbewusster, gradliniger Charakter, ein Mensch von lebenswerten persönlichen Eigenschaften ist hier der sinnlosen Tücke des Objekts zum Opfer gefallen. Viel hat Valier projektiert, aber nichts, was er als Erkenntnis von sich gab, war blasse Theorie oder gar utopisches Geschwätz. Dieser Erfinder war ein Tatmensch.

Man schreibt das Jahr 1928. Allerhand Gerüchte über die Valier-Rakete sind durchgesickert, die phantastischsten Hypothesen werden aufgestellt, alles spricht gespannt und erregt von der Mondrakete. Berlin hat seinen grossen Tag, als Fritz von Opel Valiers Rakete an einem seiner Autos auf der Avus erprobt. Tausende pilgern hinaus, um dem sensationellen Start des Raketen-Opel beizuwohnen, die Presse des In- und Auslandes ist erschienen, die Photographen sind serienweise aufmarschiert. Endlich fährt Fritz von Opel los. Ein donnerähnliches Krachen erfüllt die Luft, eine Feuergarbe spritzt aus dem hinteren Teil des Wagens, der für eine Anzahl Sekunden in dichte weissgraue Rauchwolken gehüllt ist, dann schießt unter ständigem Fauchen und Krachen ein undefinierbares Etwas in rasender Geschwindigkeit über die Bahn, einen seltsamen Dunst von Oel und verbranntem Zelluloid hinter sich zurücklassend. Das Publikum gerät in Extase. Begeisterte Rufe werden laut. Die Spannung löst sich in befreites Händeklatschen, denn das gefahrvolle Experiment ist geglückt. Fritz von Opel entsteigt, etwas rauchgeschwärzt, aber mit lächelndem Gesicht dem haltenden Wagen, wie leere Fensterhöhlen sehen die ausgebrannten Hülsen der Raketen den Beschauer an. Nun kommt auch Max Valier hinzu, von Opel und dem Publikum beglückwünscht. Ein guter Kopf mit scharfen, sehr ausgeprägten Linien, einer zergrübelten Stirn und immer sinnenden, immer forschenden Augen. - Man wechselt ein paar Worte mit dem Forscher, der schnell auftaut. "Ja", sagt er und lächelt herzlich, "Das ist der schönste Tag meines Lebens".

In der Gradestrasse in Britz, an der Peripherie der Millionenstadt befinden sich die Gebäude der Industriegesellschaft für Gasverwertung. Hier ist alles grau in grau. Dunkle Steinmauern, halbblinde Fensterscheiben, Russ, Schmutz und Spuren von Arbeitsschweiss. Dort hat Max Valier gearbeitet. Auf freiem Fabrikgelände lag das Laboratorium des fleissigen Forschers, hier experimentierte er gemeinsam mit Dr. Heylandt, um dem Problem des Raketenmotors mit flüssigen Sauerstoff und Brennstoff auf die Spur zu kommen. Als Max Valier am Sonnabendabend seine neue Rakete einigen Besuchern vorführt, zerreißt eine Explosion den Mantel, zahllose Splitter fliegen umher, wovon einer dem Forscher in die Brust dringt und ihm die Lunge zerreißt. Unter einem Aufschrei sinkt Valier blutüberströmt zusammen und stirbt etwa eine Stunde später in tiefer Bewusstlosigkeit im Krankenhaus. Wenn man sich das Laboratorium jetzt ansieht, kann man die Spuren der mörderischen Explosion noch feststellen. In weiter Entfernung finden sich Reste der explodierten Rakete, ein Stück Metall hat sich mit solcher Gewalt in den Boden gewühlt, dass das Erdreich aufgerissen worden ist. Gläser und Flaschen stehen verwaist umher. Das Laboratorium, in dem der Forscher

seit Monaten den grössten Teil seines Lebens zubrachte, hat seinen Daseinszweck verloren....

Vielleicht in 50, vielleicht in hundert, vielleicht auch erst in 500 Jahren, wenn dann die Raketen von der Erde zum Mond fliegen werden und wieder zurück, so selbstverständlich wie man heute mit der Strassenbahn fährt oder mit dem Auto, wird man diesem Pionier des technischen Fortschritts ein Denkmal setzen. Er blieb auf dem Schlachtfeld der Menschheit, das schon so manches Opfer gefordert hat...

+                    +                    +  
Blutschande?

Der Potsdamer Sittlichkeitsprozess - Richter und Sachverständige stehen vor einem Rätsel-Familie Frenzel verprügelt den Pfarrer von Bornim.

Seit vier Tagen spielt sich vor dem Potsdamer Landgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein rätselhafter Sittlichkeitsprozess ab. Der Amtsvorsteher Frenzel in Bornim bei Potsdam, ein bisher geachteter, unbescholtener Mann, der nicht weniger als 20 Ehrenämter bekleidete, soll mit seinen beiden 16- und 17-jährigen Töchtern Gertrud und Hildegard Jahre hindurch Blutschande getrieben haben. Die Anklage stützt sich auf die sehr sachlichen, erschütternd klaren Angaben der Tochter Gertrud des Amtsvorsteher, die allerdings stark unter dem Einfluss des Pfarrhauses in Bornim steht, während Hilde ihre früheren belastenden Aussagen zurückgezogen hat und ebenso felsenfest behauptet, dass ihr Vater niemals etwas gesetzwidrig Unsittliches an oder mit ihr getan habe. Die Sache selbst ist dadurch herausgekommen, dass der Pfarrer eines Tages Gertrud nicht ins Elternhaus zurückliess.

Das Gericht bemüht sich mit Ruhe den peinlichen Fragenkomplex zu erörtern. Leider mit zu grosser Ruhe. Der Vorsitzende, ein liebenswürdiger, loyaler Herr, alt wie Methusalem, hat sich eine äusserst merkwürdige Taktik zugelegt. Obschon sämtliche Mitglieder der Familie Frenzel einen Tag nach dem anderen an dem Korridor vor dem Verhandlungssaal warten müssen, angestiert von den Blickern Neugieriger, werden unwichtige Zeugen wie die Waschfrau usw. von dem Gericht vernommen. Der Erfolg ist, dass die Familie Frenzel allmählich furchtbar erregt wurde. Bei einem an sich nicht wesentlichen Anlass rief Amtsvorsteher Frenzel erregt aus: "15 Jahre lang habe ich einen untadligen Lebenslauf geführt, und da sitzt dieser Pfarrer mit seiner Frau, die mein Leben und meine Ehre vernichten wollen! Diese Leute da sind an allem schuld, es ist furchtbar, was ich erdulden muss! Aber Sie, Herr Pfarrer, wird Gottes gerechte Strafe noch treffen!" Jetzt stürmt auf einmal, alarmiert von einem wahren Aufschrei der Frau des Angeklagten, die ganze Familie Frenzel in einer sinnlosen Wut in den Saal. Voran Emil Frenzel, einer der Söhne; er stürzt sich auf den Pfarrer und versucht wild auf ihn einzuschlagen. Else Frenzel, die älteste Tochter, ein etwas herb aussehendes Mädchen, 21jährig, ruft: "Ich will meinen Vater wieder haben!" rast dann auf Gertrud zu, packt sie und es sieht so aus, als ob sie ihr die Augen auskratzen möchte. Dazu schrille Schreie: "Du gemeine Lügnerin, Du bist an allem schuld, kein Wort kann man Dir ja glauben!" Frau Frenzel hat inzwischen einen furchtbaren Weinkrampf bekommen, stampft erregt mit den Füssen auf, die Aerzte bemühen sich um sie. Auch Hilde Frenzel ist plötzlich im Saal erschienen, sie eilt zwischen der Mutter und Vater hin und her, und versucht, die Eltern zu trösten. Immer wieder fliegen dem Pfarrer und der Pfarrersfrau die drohenden Arme des Sohnes entgegen, der nur mit ziemlicher Gewalt losgerissen und aus dem Saale geführt werden kann. Der Vorsitzende sieht sich hilflos um und klingelt...

Der Staatsanwalt teilt mit, dass ihm erzählt worden wäre. Emil Frenzel hat einen Revolver bei sich. Emil Frenzel wird durchsucht, erfolglos. Die Verhandlung wird vertagt....

Tragisch ist nicht nur, wie hier eine Familie - gleichgültig, ob der Ange-

klagte schuldig ist oder nicht - durch ewiges Wartenlassen auf die Folter gespannt worden ist. Tragisch ist nicht nur dieser furchtbare Zusammenprall, der, wie er auch küsserlich beigelegt werden möge, Hass erzeugen muss. Tragisch ist vor allen Dingen, dass man heute der Wahrheit auch noch nicht um einen Deut näher gekommen ist, als zu Beginn des Prozesses. Man verhandelt seit vier Tagen es sind noch ca. 30 Zeugen zu vernehmen, noch die ganze Woche über wird die Verhandlung dauern. Jedes Detail wird bis ins Kleinste hinein erörtert, vom Wesentlichen erfährt man nichts.

Was ist nun das Rätsel der Gertrud Frenzel? Lügt das Kind? Dieses Kind, das von allen Menschen, die es kennen, als unbedingt sauber, ehrlich und zuverlässig geschildert wird? Dieses Kind, das ungefähr dem Idealtyp des zwar etwas unmodernen, aber doch fraulichen-tiefen modernen Mädchens entspricht? Lügt die "Heilige Johanna von Bornim"? Es ist erschütternd, mit welcher Klarheit und bei aller Scham - mit welcher Deutlichkeit dieses Mädchen in allen Einzelheiten Aussagen darüber macht, wie es von seinem Vater geschlechtlich missbraucht worden sein will.

Gertrud Frenzel ist an sich ein sehr anlehnungs- und liebebedürftiges Kind. Es ist kein Zweifel darüber, dass sie allmählich starke Minderwertigkeitsgefühle bekam, weil sie sich ihren Geschwistern gegenüber vernachlässigt fühlte. Die Geschwister bekamen neue Puppen, Gertrud musste mit den alten spielen. Die Geschwister bekamen neue Kleider, Gertrud musste die abgelegten Sachen tragen. So bildete sich allmählich ein gewisser Hass gegen den Vater, obschon das Kind ihn im Unterbewusstsein sehr geliebt hat. Ist Frenzels Verbrechen nur unterbewusster und verdrängter Wunschtraum Gertruds? Ist alles nur Suggestion? Die sexuelle Aufklärung verdankt Gertrud ihrer viel klügeren und - auch in normalen - Liebesangelegenheiten sehr erfahrenen Schwester Hilde. Es ist psychologisch durchaus möglich, dass das Kind Erlebnisse der Blutschande, die ihr Hilde einmal als vielleicht eigene vorgeschwindelt hat, schliesslich als ihre persönlichsten Erlebnisse empfand. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Gertrud einmal in der Berührung mit ihrem Vater sexuell erregt worden ist und dass Scham und Reue aus der kleinen Mücke dieses sexuellen Zwischenspiels den grossen Elefanten des sexuellen Verbrechens machte. Gertrud, die ohne Zweifel viel zu stark unter den Einfluss des frömmelnden Pfarrhauses geraten ist, scheint Psychopathin zu sein. Vielleicht ist sie auch sexualpathologisch.....

Noch tappt man im Dunkeln. Deutlich ist nur das grelle Sittenbild der Nachkriegszeit: auf der einen Seite der frömmelnde, geistig reaktionäre Kreis um die Frau Pfarrer, die, wie sie sagt, mit Liedern wie "Was willst Du auf der Heide, Feinsliebchen mein?" einen "Schutzwall gegen die Schlagerseuche" errichten will - und auf der anderen Seite eine typische, in ihren Lebensformen völlig unsichere Kleinbürgerfamilie, deren Leben bisher keinen rechten Inhalt hatte. Heute hat dieses Leben einen Inhalt, er ist entsetzlich negativ: es ist der Hass gegen die Pfarrersfamilie. Wie dieser Prozess auch auslaufen möge: das Schicksal einer Familie ist vernichtet. Gesah die Vernichtung wieder einmal unter dem Zeichen des Kreuzes? Die Anklage wäre furchtbar....

+ + +  
Das Lübecker Kindersterben. Die Zahl der Lübecker Todesopfer hat sich auf 13 erhöht und wird vermutlich noch weiter steigen. Die Zahl der Erkrankungen beläuft sich augenblicklich auf 60. Die Eltern der infizierten Säuglinge wollen sich zu einer Interessengemeinschaft zusammenschliessen, einige Eltern haben bereits Schadenersatzansprüche eingeleitet. Die Lübecker Ärzte legen Wert auf die Feststellung, dass das Calmette-Mittel nicht ohne Wissen der Eltern verabreicht worden ist. Tatsache bleibt aber, dass das Mittel mit dem Bemerkung, dass es von der Regierung empfohlen und bereits allgemein bewährt sei, abgegeben wurde. Der von Professor Lange vom Reichsgesundheitsamt abgegebene Bericht spricht praktisch die Lübecker Ärzte von Schuld frei. Der Pariser Bakteriologe Guérin, ein Mitarbeiter Calmettes, tritt diesem Bericht Professor Langes entgegen.



## Die neue Aufwertung.

### Die Zinshöhe noch umstritten.

SPD. Der Gesetzentwurf, der über das Schicksal der Aufwertungshypotheken nach dem 1. Januar 1932 entscheiden soll, ist endlich vom Reichskabinett verabschiedet und dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugeleitet worden. Er bringt gegenüber dem, was über die Absichten des Reichsjustizministeriums bereits bekannt wurde, keine besonderen Überraschungen. Seine wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Soweit Aufwertungshypotheken nach dem 1. Januar 1932 noch laufen werden, sind sie zu einem Satz zu verzinsen, den die Reichsregierung bei Inkrafttreten des Gesetzes bestimmen wird. Der Paragraph 1119 des Bürgerlichen Gesetzbuches (wo nach Erhöhungen des Zinssatzes über 5% der Zustimmung der im Range nachgeordneten Gläubiger bedürfen), der bisher Vereinbarungen zwischen Schuldner und Gläubigern der Aufwertungshypotheken für die Zeit nach dem 1. Januar 1932 im Wege stand, wird durch die Bestimmung aufgehoben, dass die Mehrzinsen den Rang der Aufwertungshypothek behalten, auch wenn sie vor dem 1. Januar 1932 vereinbart werden. Die Kündigung der Aufwertungshypothek für die Zeit ab 1. Januar 1932 darf nach dem Gesetzentwurf vom Gläubiger aus nur mit Jahresfrist erfolgen, vom Schuldner aus mit Vierteljahresfrist.

Die wichtigste Bestimmung betrifft die Frage der Zahlungsfrist (Moratorium). Darüber wird gesagt, dass der Schuldner bei der Aufwertungsstelle um eine Fristerstreckung für die Rückzahlung der Hypotheken über den 1. Januar 1932 hinaus nachsuchen kann. Die Aufwertungsstelle darf die Fristerstreckung nur unter 2 Gesichtspunkten entscheiden: 1) darf die Fristerstreckung nur bewilligt werden, wenn der Schuldner nicht über die nötigen Barmittel verfügt und "auch nicht in der Lage ist, sie sich zu Bedingungen zu verschaffen, die ihm billigerweise zugemutet werden können". Es heisst im Entwurf weiter, dass die Zahlungsfrist nicht bewilligt werden soll, wenn sich der Schuldner "die nötigen Barmittel zu Bedingungen beschaffen kann, die für ihn keine grössere Belastung bedeuten als die durch § 1 festgesetzte Erhöhung des Zinssatzes". 2) darf die Erstreckung der Zahlungsfrist nicht bewilligt werden, wenn der Zahlungsaufschub für den Gläubiger eine unbillige Härte bedeuten würde. Es wird ferner noch bestimmt, dass die Aufwertungsstelle die Bewilligung der Fristerstreckung von bestimmten Bedingungen abhängig machen kann, z.B. der Leistung einer Abschlagszahlung. Wichtig ist schliesslich noch die Bestimmung, dass die Fristerstreckung nur einmal und nicht über den 31. Dezember 1934 hinaus bewilligt werden darf. Das bedeutet also, dass das Moratorium spätestens nach 3 Jahren abläuft. Ursprünglich waren 5 Jahre vorgesehen.

Mit dem Grundgedanken des Gesetzentwurfes wird man sich im grossen und ganzen unter einer Voraussetzung einverstanden erklären können, dass der Zinssatz für die Aufwertungshypotheken für die Zeit ab 1932 im Verhältnis zu den jetzt herrschenden Hypothekenzinssätzen möglichst hoch festgesetzt wird. Grundsätzlich kann es nämlich keinesfalls gebilligt werden, dass die durch die Inflation und die Aufwertungsgesetzgebung ohnehin in unterträglicher Weise bevorzugten Schuldner 8 Jahre nach der Beendigung der Inflation noch weiter "geschützt" und die Gläubiger um ihre Ansprüche noch weiter vertröstet werden. Deshalb ist anzustreben, dass das Moratorium nur auf wenige Ausnahmefälle beschränkt wird, im übrigen aber freiwillige Vereinbarungen über die Rückzahlung

der Aufwertungshypotheken zwischen Gläubigern und Schuldnern getroffen werden. Dieses Ziel wird aber nur erreicht werden können, wenn der gesetzliche Zinssatz, den die Reichsregierung zu bestimmen hat, so hoch ist, dass er einen genügenden Anreiz zu freiwilligen Vereinbarungen zwischen Schuldnern und Gläubigern oder zu einer sonstigen Neuregulierung der Hypothekenschulden schafft und dass er dem Schuldner jeden Anreiz nimmt, eine Fristerstreckung zu beantragen, ausser in den Fällen, wo er wirklich keine Ersatzgläubiger zu erträglichen Bedingungen finden kann. Über die Frage der Zinshöhe wird also noch Klarheit geschaffen werden müssen, ehe dieser Entwurf Gesetz werden kann.

Weiterhin muss bemerkt werden, dass der Gesetzesentwurf nur für die Aufwertungshypotheken eine Neuregelung bringt, hingegen nicht für die Aufwertungsobligationen. Nun ist zwar der Betrag der noch umlaufenden Aufwertungsobligationen im Verhältnis zu den Aufwertungshypotheken minimal (200 bis 300 Millionen Mark Aufwertungsobligationen gegenüber 5 bis 6 Milliarden Aufwertungshypotheken). Das ist aber kein Grund, um die Aufwertungsobligationen, die ohnehin schon wesentlich schlechter weggekommen sind als die Aufwertungshypothekengläubiger, noch einmal aufs schwerste zu benachteiligen. Es ist unbedingt zu verlangen, dass die Geltung des neuen Aufwertungsgesetzes sinngemäss auch auf die Aufwertungsobligationen ausgedehnt wird. Denn man kann wirklich nicht behaupten, dass die grossen Industrieunternehmungen, die allein als Obligationsschuldner in Frage kommen, heute schutzbedürftiger seien als die Landwirtschaft und der Hausbesitz und dass sie deshalb auch noch nach dem 1. Januar 1932 des Schutzes der 5%igen Verzinsung teilhaftig bleiben müssten.

SPD. Der Zentralausschuss der Reichsbank setzte am Montag mit Wirkung vom 20. Mai den Diskontsatz von 5 auf 4,5 und den Lombardsatz von 6 auf 5,5% herunter. Die Massnahme wurde von dem neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther wie folgt begründet:

Unter dem Einfluss der Depression der Weltwirtschaft hat sich die seit langem bestehende Flüssigkeit an allen wichtigeren ausländischen Geldmärkten schärfer ausgeprägt und dort schon Anfang dieses Monats zu neuen Senkungen der offiziellen Diskontsätzen geführt. Für die Reichsbank bestanden aus Gründen der innerdeutschen Geld- und Kapitalverhältnisse Bedenken, diesem Beispiel sofort zu folgen. Die Entwicklung der Devisenkurse, die in den zurückliegenden Wochen Goldbewegungen von irgendwelcher Bedeutung nicht aufkommen liess, hat die Berechtigung der Zurückhaltung bestätigt. Nachdem der deutsche Geldmarkt indes noch flüssiger geworden ist und dadurch die Fühlung der Reichsbank mit dem offenen Markt sich allzu sehr gelockert hat, erscheint eine Senkung des Diskontsatzes nunmehr geboten.

Die fortschreitende Verflüssigung des Geldmarktes ergibt sich neben den Verhältnissen am offenen Markt auch aus der Inanspruchnahme der Reichsbank. So haben sich die täglich fälligen Verbindlichkeiten der Reichsbank, die am 15. März 459 Mill. betragen haben, bis auf 556 Mill. am 15. Mai gehoben, die noch höhere Zahl des 15. April von 638 Mill. erklärt sich aus den besonderen Verhältnissen in der Mitte des ersten Quartalsmonats. Besonders aber musste vom Reichsbankdirektorium beachtet werden, dass die Summe der Wechsel, die am 15. März 1.639 Mill. und am 15. April 1.766 Mill. betragen hat, am 15. Mai nur noch 1.585 Mill. ausmacht. Der Bestand der Reichsbank an Gold und Deckungsdevisen stellte sich am 15. Mai 1930 auf 2.875 Mill. RM gegen 2.892 Mill. RM am 15. März d. J. und 2.908 Mill. RM am 15. April d. J.; die Deckung der umlaufenden Reichsbanknoten durch Gold und Deckungsdevisen auf 68,5% (bzw. 67,8 am 15.3. und 67,5 am 15.4.).

Die Reichsbank hofft, durch die als Folge der Diskontsenkung eintretende Lastenverminderung für die in der Depression schwer kämpfende deutsche Wirt-

schaft eine Erleichterung und Antriebsmöglichkeiten zu schaffen, und hofft auch, dass die Senkung der Zinssätze am offenen Markt die Genesungstendenzen des Kapitalmarktes in einer Weise unterstützt, die eine stetige Entwicklung begünstigt. Wenn die Diskontsenkung auf 1/2% beschränkt bleibt, so trägt die Reichsbank damit der Höhe kurzfristiger Auslandsverschuldung und der dadurch bedingten Abhängigkeit von fremden Märkten Rechnung."

---

SPD. Der italienische Diskontsatz ist um 0,5 auf 5,5% herabgesetzt worden.

---

SPD. Im Jahre 1929 ist der Welthandel, nachdem im Jahre 1928 ein Rückschlag zu verzeichnen war, beträchtlich gestiegen. Für 44 Länder, die 7/8 des gesamten Welthandels erfassen, ist eine Zunahme des Aussenhandelsumsatzes gegenüber dem Vorjahr um 2,3% festzustellen. Im 4. Quartal 1929 beträgt die Zunahme 4,3%. Berücksichtigt man, dass im Jahre 1929 die Preise einer grösseren Anzahl wichtiger Welthandelsartikel (Getreide, Reis, Zucker, Kaffee, Kakao, Baumwolle, Wolle, Kautschuk, Felle und Häute, Zinn u.a.) niedriger lagen als 1928 so ist zu folgern, dass der Welthandel mengenässig in noch grösserem Umfang zugenommen hat als dies in den Wertziffern zum Ausdruck kommt. Legt man dem Aussenhandelsumsatz der 44 Länder für die Jahre 1928 und 1929 die gleichen Preise zugrunde - durch Umrechnung der Wertzahlen über die Grosshandelsindexziffer des Bureau of Labor (Vereinigte Staaten) - so ergibt sich eine Steigerung von 3,5%.

An der Zunahme des Welthandels gegenüber 1928 waren sowohl die europäischen als auch die aussereuropäischen Länder beteiligt, doch war die Steigerung bei den europäischen Ländern (2,6%) etwas grösser als bei den aussereuropäischen (1,9%). Die steigende Tendenz, die sich in der Entwicklung des Anteils der europäischen Länder am Welthandel in den Jahren 1927 und 1928 zeigte, hat sich mithin 1929 fortgesetzt.

---

SPD. Die abermalige Preiserhöhung des Internationalen Kupferkartells - der Preis beträgt jetzt 13,40 Cents pro englisches Pfund - haben den Markt ungünstig beeinflusst. Die nach Ermässigung der Preise steigenden Umsätze sind jetzt rückläufig. Anscheinend bekommt dem Markt die neue Preispolitik, mit der das Internationale Kartell die Kautätigkeit anregen wollte, nicht besonders.

Das Internationale Kupferkartell tritt am 20. Mai in Brüssel zusammen, um sich über die kommende Preispolitik klar zu werden. Im Kupferkartell wird schon seit langem heftig um die Preispolitik gestritten.

---

SPD. In nordamerikanischen Finanzkreisen hofft man, dass nach Auflegung der Mobilisierungsanleihe der Weg für die Begebung anderer Anleihen frei wird. Insgesamt sollen die in Vorbereitung befindlichen Auslandsanleihen 750 Millionen Dollar ausmachen. Daran sind Österreich und Ungarn mit grösseren Beträgen beteiligt. Ausserdem wird der Schwedentrust auf Grund seiner neuen Aktion in der Türkei den Markt in Anspruch nehmen.

---

## Verlängerter Vermahlungszwang?

(Berliner Getreidebörse vom 19. Mai.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse stand am Montag unter dem Eindruck von Gerüchten, dass der Vermahlungszwang verlängert werden würde. Daraufhin konnte Weizen um etwa 3 Mark anziehen, auch war das Angebot aus alter Ernte ziemlich knapp. Roggen wurde von den Stützungsstellen erneut aufgenommen. Die Preise zogen daraufhin um etwa 1 bis 2 Mark an. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Preise ebenfalls höher. Die Weizenpreise stellten sich um 2 bis 3½ Mark, die Roggenpreise um 1½ bis 2½ Mark höher. Weizenmehl bedingte etwa 25 Pfennig festere Preise. Hafer war gefragt, Gerste still.

	<u>17. Mai</u>	<u>19. Mai.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	288 - 290	290 - 292
Roggen	166 - 174	168 - 174
Braugerste	190 - 202	-
Futter- und Industrieroggen	170 - 184	170 - 184
Hafer	152 - 162	153 - 163
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,75-40,00	32,00-40,25
Roggenmehl	22,75-25,75	22,00-26,00
Weizenkleie	8,75- 9,25	8,75- 9,25
Roggenkleie	8,75- 9,50	8,75- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 301 (Vortag 299). Juli 305½-306½-306 (302). September 271½-272-271 (269). Roggen Mai 181½ (180), Juli 186½-185½ (185¼), September 188-187 (185½). Hafer Mai - (165), Juli 172½ Geld (171½), September -(-).

## Amtliche Eiernotierungen.

(19. Mai.)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-  
eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 11¼, Kl. A 60 gr  
10¼, Kl. B 53 gr 9½, Kl. C 48 gr 8¼, frische Eier, Kl. A 60 gr 9½, Kl. B 53 gr  
gr 8¾-9, aussortierte kleine und Schmutzeier 7-7½. Ausländereier: Dänen 18er  
11¼, 17er 10¾, Estländer 17er 10½, 15½-16er 9½-10, leichtere 8¾, Holländer  
68 gr 11¼, 60-62 gr 10¼-11¼, leichtere 9½-9¾, Litauer grosse 9¼, normale 8, Bal-  
garen normale 8½-9, Rumänen normale 8-8½, Ungarn normale 8½, Russen grosse  
8¾, normale 8, Polen normale 7¾-8, kleine, Mittel-, Schmutzeier 7-7½. Witterung  
trübe, Tendenz: matt.

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab  
märkischen Stationen: Weisse 1,20 bis 1,40, Rote 1,30 bis 1,60, gelbfleischige  
Kartoffeln ausser Nierenkartoffeln 2,30 bis 2,60 Mark.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 37.

Berlin, den 19. Mai 1930.

## Frauenarbeit in U.S.A.<sup>x</sup>

SPD. Auf jedem Auswandererschiff, das einen deutschen Hafen verlässt, befindet sich auch eine Menge junger Mädels, die nach den Vereinigten Staaten reisen, um dort als Hausangestellte oder Kinderfräulein ihr Glück zu versuchen. Gross sind die Versprechungen, und mit hochgespannten Hoffnungen nähern sich die jungen Menschenkinder dem Ungetüm New York, wo die Tante oder sonstige Verwandte ihre Schutzbefohlenen in Empfang nehmen. Ein paar Tage Stauen zwischen den himmelragenden Wolkenkratzern und in den dahinrasenden Expressuntergrundbahnen; dann beginnt der Alltag, die Sorge um Brot, das Suchen nach Arbeit.

In der Tat kann ein fixes junges Madel, das auch in seinem Ausseren etwas ansprechend ist (was hier noch wichtiger ist als in Europa), nach wenigen Tagen eine Anfangsstellung in einem Haushalt erlangen, wo sie etwa 50 Dollar den Monat verdienen wird. Meist besitzt sie auch ein kleines eigenes Zimmer, kann das Bad mitbenutzen, und Aufgänge "nur für Herrschaften" gibt es hier nicht. In der Regel bekommt sie also wohl ein stärkeres Selbstgefühl und weiss sich sicher und gewandt auf der Strasse und im öffentlichen Leben zu bewegen. Wie sieht es aber mit ihrer Arbeitsleistung aus?

Eine beschränkte Arbeitszeit gibt es nicht, und meist muss die arme Hausgehilfin bis zum späten Abend durcharbeiten. Wenn sich eine amerikanische Familie schon den dort erheblich kostspieligeren Luxus einer Stütze erlaubt, so meist deshalb, weil die Frau entweder ebenfalls einen Beruf ausübt und dann lastet die ganze Arbeit auf dem Mädchen allein, oder aber die "Gnädige" ist überhaupt zu bequem, sich um den Haushalt zu bekümmern und verbringt ihre Freizeit in exzentrischen Klubs; dann ist es natürlich mit der Arbeit für das Mädchen auch nicht anders. Wie überall, in sämtlichen Berufen, bei Männer- und Frauenarbeit gleichermaßen, ist zwar die Behandlung und oft auch die Bezahlung besser, als wir es vielfach gewöhnt sind. Dafür wird aber auch die menschliche Arbeitskraft noch viel rücksichtsloser ausgebeutet, als es bei uns schon der Fall ist.

Neben den Anstellungen im Haushalt, wo es, wie gesagt, sehr wenig Freizeit gibt, wenden sich die neu eingewanderten Frauen meist irgendwelcher Arbeit in den zahlreichen Restaurants zu. Aber auch dort ist die Arbeitszeit sehr lang und die Bezahlung nach Abzug der Lebenskosten oft noch geringer. Wer die Sprache nach einigen Jahren Aufenthalt beherrscht und den Beruf versteht, mag auch Friseurin oder Schneiderin werden, doch gelten auch hier nur erstklassige Qualitätsleistungen. Furchtbar ist das Los der Näherinnen in den grossen Konfektionen an der 9. Avenue in New York, wo die armen Mädels und Frauen für 15 bis 20 Dollar die Woche zehn und mehr Stunden täglich unter den schlechtesten Raum- und Arbeitsverhältnissen schufteten müssen. Nicht viel besser ist es bei den Angestellten und Verkäuferinnen, die zwar nett angezogen und geschminkt daher trippeln, dafür jedoch meist dem Vater auf der Tasche liegen und ihren ganzen schmalen Verdienst für Kleidung usw. ausgeben. Allgemein besteht ja in Amerika kein Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit, mit Ausnahme freilich des wesentlichsten, dass die billigere Frauenarbeit oft vorgezogen wird, denn man wagt den weiblichen Arbeitskräften immer noch für die gleiche Leistung einen niedrigeren Verdienst anzubieten.

Trotzdem es in Amerika weniger Frauen als Männer gibt, hat der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen. Während des Krieges haben zahlreiche Frauen reine Männerberufe übernommen und sich bis heute nicht wieder daraus verdrängen lassen. So kommt es, dass die Frauenarbeit in den Fabriken bedeutend gestiegen ist, während zu gleicher Zeit die Männer als Köche und Diener die Stellung der Frauen ersetzt haben. Und das, obwohl es in Amerika weniger Frauenarbeiterschutz gibt als in Deutschland. Die soziale Gesetzgebung liegt ja ganz in den Händen der einzelnen Staaten, während die Regierung in Washington nur einige Rahmengesetze erlässt. So liegt mir eine Statistik aus dem Staate Tennessee vor, wo folgende Löhne gezahlt wurden :

Bis zu 5 Dollar pro Woche	. . . . .	0,1 Prozent
" " 10 " " "	. . . . .	33,0 "
" " 15 " " "	. . . . .	43,8 "
" " 20 " " "	. . . . .	17,5 "
" " 25 " " "	. . . . .	3,2 "
Mehr als 25 " " "	. . . . .	2,3 "

Diese Sätze stehen erheblich unter den Verdiensten der Männer, und es ist bekannt, dass z.B. in der Autoindustrie die Frauen durchschnittlich ein Drittel weniger verdienen als die Männer. Ebenso schlimm steht es mit der Arbeitszeit. In Tennessee erlaubt das Gesetz einen Arbeitstag von  $10 \frac{1}{2}$  Stunden. Im einzelnen betrug nach amtlicher Feststellung (U.S. Department of Labor) die tägliche Arbeitsleistung der Frauen :

Unter 8 Stunden	. . . . .	1,9 Prozent
" 9 " "	. . . . .	14,8 "
" 10 " "	. . . . .	37,7 "
Genau 10 " "	. . . . .	34,8 "
Über 10 " "	. . . . .	10,7 "

Diese Zahlen geben ein trauriges Bild, das mit den sonstigen Berichten aus dem "Paradies Amerika" nur schwer in Einklang zu bringen ist. Die Befreiung der Arbeiterinnen von dieser Sklaverei, die ihr jedes kulturelle und familiäre Leben nimmt, kann nur durch internationalen Zusammenschluss und Kampf beseitigt werden.

K. Moeller.

-----  
 Die Dichterin Naidu.X  
 -----

SPD. Die Teilnehmerinnen an dem grossen Berliner Kongress des Weltbundes für Frauenstimmrecht im vorigen Juni erinnern sich gewiss noch aller der Ausländerinnen, die in den malerischen Trachten ihres Landes erschienen waren. Ihre Erscheinung wirkte umso eindrucksvoller, als sie mehr noch als die der europäisch gekleideten Frauen klar machte, wie ungeheuer weit der Siegeszug des Frauenstimmrechts gedungen ist. Die Ägypterin, die Isländerin, die Bulgarin, die Japanerin, die Chinesin, die Inderin waren Vertreterinnen von Nationen, die dem weiblichen Geschlechte stärkere Fesseln auferlegten, zum Teil noch auferlegen, als das in einem grossen Teil der europäischen, amerikanischen und australischen Länder der Fall ist.

Unter den Trachten tragenden Frauen ragte vor allem die Gruppe der Inderinnen hervor, die unter der Führung der Dichterin Naidu erschienen waren. Wenn diese Frau auf dem Podium stand, wirkte sie mit ihrer dunklen Hautfarbe wie eine prachtvolle Bronzestatue. Aber in dem ausdrucksvollen Gesichte funkelten grosse schwarze Augen voller Leidenschaft. Auf der Stirn war in die Haut eingepresst ein rotes Herz, das Zeichen einer hohen indischen Kaste. Zu der dunklen Hautfarbe passten die malerischen, farbenprächtigen Tücher, die den Körper einhüllten. Perlenketten fielen auf Hals und Arme. Das pechschwar-

ze Haar war zum Teil durch ein rotes Tuch verdeckt. Eine rote Nelke hinter dem Ohr, Sandalen an den Füssen. Majestätisch die ganze Erscheinung, königlich der Gang, wenn man unter königlich das sich Abheben von der Gesamtheit nicht durch äusseren Prunk, sondern durch inneren Adel versteht.

Naidu, die vor einigen Jahren Vorsitzende des indischen Nationalkongresses geworden war, bekannte sich zum Sozialismus. Dadurch hatte ich öfters Gelegenheit, mit ihr zu sprechen. Sie beherrscht die englische Sprache vollkommen. Ihre Gedichte sind leidenschaftliche Klagen über das traurige Schicksal ihres Volkes, über die unterdrückte Lage der Frauen und Mütter in Indien, über das bittere Los der Kinder, die in zartestem Alter in die Ehe gezwungen werden. Ihre ersten Gedichte hatte Naidu in englischer Sprache veröffentlicht, weil sie zum grossen Teil in England erzogen worden war. Die Gedichte hat sie dann in die verschiedenen Idiome der indischen Sprache übertragen. Bis 1919 versuchte Naidu, deren Kinder ebenfalls in England erzogen wurden, eine Verständigung zwischen England und Indien herzustellen. Erst als sie unter Gandhi's Einfluss kam, wurde sie eine der heftigsten Gegnerinnen Englands. Auch auf dem Berliner Kongress machte sie aus dieser Abneigung kein Hehl. Als sie bei der grossen Friedenskundgebung das Wort ergriff, beschwor sie die Nationen, ihrem Volke zu helfen gegen englischen Imperialismus, englische Unterdrückung, englische Ausbeutung. Sie forderte Gleichberechtigung auch der Inder, ohne die von einem wahren Bund aller Nationen nicht die Rede sein könnte. Diese Rede hat bei vielen Kongressteilnehmerinnen, die den Engländern sympathisch gegenüberstanden, grosses Befremden erregt.

In unsrer Unterhaltung kam ich u.a. auf das heute so viel gelesene, zum Teil auch sehr gerühmte Buch der Engländerin Katharina Majo - "Mutter Indien" zu sprechen. Dabei geriet Naidu in furchtbare Aufregung. Ihre Augen funkelten, ihre Stimme bebte, als sie ganz erschüttert erklärte: "It is a lie from the beginning to the end." (Eine Lüge von Anfang bis zu Ende!)

Am wirkungsvollsten war das Auftreten der Naidu bei der grossen Veranstaltung "Stimmen aus dem Weltall", wo sie als Vertreterin Asiens sprach. Alles an ihr bebte und lebte. Die Augen leuchteten. Ihre Stimme, tief und klar wie eine Glocke, griff an die Herzen. Mit plastischen Bewegungen unterstrich sie ihre Worte. Die Sprache war bilderreich wie die leuchtenden Farben des Orients. So beschwor sie den Kongress, als seine wichtigste Aufgabe den Kampf zu führen gegen jede Unterdrückung der Völker, der Frauen, der Kinder. Niemand, der diese Stimme gehört hat, wird sie vergessen. Sie wird lebendig, wenn wir erfahren, dass Naidu nun die Führung ihrer Volksgenossen als Nachfolgerin Gandhi's in die Hand nimmt. Wer Naidu gesehen hat in ihrer sprühenden Leidenschaftlichkeit, ihrer flammenden Empörung, der wird begreifen, wie diese Frau imstande ist, das Feuer der Begeisterung zu zünden, die Fackel des Aufruhrs voranzutragen, gleichsam eine jener sagenhaften Gestalten, wie sie uns in den Mythen begegnen, und wie sie sich immer wieder zeigen in Zeiten, in denen es sich um die heiligsten Kämpfe einer Nation, um Freiheit und Frieden handelt.

Anna Bloss.

---

### Der Engel.<sup>x</sup>

---

SPD. Es gab wieder Arbeit auf dem alten Friedhof, dessen Grabhügel sich immer tiefer in die Erde duckten, weil der Grabgesang zwischen den Sträuchern mehr und mehr verklungen war und Pirol und Kuckuck Kinderlachen und damit Lebensfreude auf die Wege und Spielplätze gelockt hatten. Der Friedhof war zum Park geworden; die unförmigen, immer gleichen Grabsteine hatte man weggefahren, und nur, was von ihnen seltsam und merkwürdig aussah, hatte man stehen lassen. Das schreckte dann wohl wie ein zu Stein gewordener Spuk die Kinder und auch einige ängstlich veranlagte grosse Menschen, dass sie diesen unheim-

lichen Steingeschichten aus dem Wege gingen.

Wieder war es Frühling geworden. Da gab es für den Gärtnerburschen Gustav bis spät in den Abend hinein zu tun. Die Beete mussten umgegraben und geharkt werden; junge Pflanzen mussten fein säuberlich und schnurgerade eingesetzt und fleissig begossen werden; Unkraut musste gejätet, der Rasen musste besprengt, und die Wege mussten mit gelbem Kies beschüttet werden - und das alles beim stechenden Sonnenschein, der dem geschäftigen Gustav manche Schweisperlentlockte. Der hatte sich deshalb einen breitrandigen Strohhut auf den Kopf gedrückt, Jacke und Weste ausgezogen, die Ärmel hochgekremgelt, und wenn er sich nach des Tages Last und Mühe auf die Vesperstunde freute, konnte man das verstehen und es ihm von Herzen gönnen. Gustav suchte sich dann auf irgendeiner Bank ein schattiges Plätzchen, holte seine dicke Vesperstulle vor und liess sich dazu eine Flasche Bier gut schmecken.

Das geschah auch eines Nachmittags, kurz vor Pfingsten. Gustav kaute noch an den letzten Bissen und wollte sich gerade ein Weilchen auf seiner Bank dehnen und strecken, da fiel ihm auf einmal - ihm gerade gegenüber - ein Grabmal auf, das schon immer da gestanden hatte und deshalb wohl auch von Gustav schon einmal hätte beachtet werden müssen. Aber wem ist es nicht schon so gegangen, dass einem plötzlich aus irgendeinem Gegenstand eine Überraschung anspringt, die man vorher und vielleicht schon lange Zeit gar nicht gemerkt hatte? - So war es auch bei Gustav gewesen.

Das Grabmal wurde von einem schwarzen Marmorblock gebildet, auf dem in weissem Marmor eine lebensgrosse Engelsfigur stand, die den linken Arm innig um ein neben ihr stehendes Kreuz gelegt hatte und mit der erhobenen Rechten zum Himmel wies.

An diesem Standbilde blieben Gustavs Blicke hängen, und als er sich so seine Gedanken darüber machte, fiel ihm auf einmal ein Spaziergang ein, den vor Jahren der Pfarrer mit seinen Konfirmanden, zu denen auch Gustav gehörte, auf diesem Friedhof gemacht hatte. Damals hatte Gustav mit seinen Kameraden an eben dieser Stelle gestanden, und der Pfarrer hatte davon erzählt, dass dieser Engel die Menschen vor die Frage stelle: Entweder diese sündige Welt - und dann nichts mehr, oder die ewige Seligkeit droben im Himmel, doch damit auch der Verzicht auf diese Welt. Die Antwort hatte der Pfarrer gerade von dem Engel geben lassen, der mit den Fingern seiner rechten Hand aufwärts zum Himmel wies.

Seitdem waren einige Jahre vergangen, in denen Gustav immer mehr in die Welt hineingewachsen war. Im letzten Jahre war ihm auch noch in einem Mädchen das "Du" begegnet, das ihn noch fester an die Welt band und sein ganzes Sinnen in Anspruch nahm. Mit ihr wollte er zu Pfingsten die paar Feiertage geniessen und sich seines Liebchens und des Lebens freuen.

Da stand ihm auf einmal dieser Engel im Wege und hielt ihm alle die Worte wieder vor: Entweder diese Welt mit ihrer Lust und Freude und dann nichts weiter, oder jenes Leben und seine Seligkeit auf Kosten dieser Welt. Das würde für Gustav also auch heissen: Verzicht auf den Pfingsttanz und jede freudetrunkene Ausgelassenheit; Verzicht auf diese Abwechslung nach all der Plackerei, und nur ein Ausruhen von getaner Arbeit in der Erwartung der neuen, aber kein Vergessen aller Arbeit überhaupt, sei es auch nur auf zwei, drei Tage. Gustav wollte sich nicht unter diese Gesinnungssklaverei beugen. Deshalb schüttelte er vor Wut die Hände gegen den Engel, sprang von der Bank auf, drückte sich den Strohhut fest ins Gesicht und ging dem Engel aus dem Wege.

Doch der Engel machte keinen Bogen, wenn er Gustav kommen sah; er blieb beharrlich stehen, und Gustav musste, ob er wollte oder nicht, doch hin und wieder an dem Grabmal vorbeigehen, und immer wies des Engels rechte Hand nach oben - und immer wieder ärgerte sich Gustav darüber.

Da ersann er einen teuflischen Plan: Wenn er dem Engel die zum Himmelweisenden Finger abschlagen würde, dann würde ihn der Engel gewiss in Ruhe lassen. Dieser Gedanke frass sich so in sein Denken ein, dass er gleich nach einem Steine griff und nach den Fingern des Engels zielte - und dann den

Stein doch wieder fallen liess.

Aber jedesmal, wenn Gustav wieder an dem Engel vorbeikam, sah er sich nach einem Steine um; doch dann glaubte er sich vielleicht beobachtet und liess den Stein liegen. Da traf es sich, dass am anderen Tage ein heftiger Platzregen einsetzte und die Spaziergänger vertrieb; schnell nahm Gustav einen grossen Stein auf, zielte - und um die Finger des Engels war es geschehen, die fielen ins Gras und verschwanden flugs in Gustavs Tasche. Nun konnte er wenigstens, ohne dass es ihm einer verleidete, zum Tanze und zum Liebchen gehen.

Als sich die Wolken ausgeregnet hatten und Gustav wieder an dem Engel vorbeikam, triumphierte er. Diese Stimmung hielt jedoch nicht lange an, und er musste sie sich bald richtig abringen; nicht etwa, weil er doch im stillen dem Engel und seiner Mahnung recht gegeben hätte; nein, das war es nicht. Aber der demolierte Engel sah auf einmal gar nicht mehr schön aus, und für das Schöne hat ein Gärtner ja ein ganz besonderes Auge. Lag es daran, dass Gustav dem Engel noch nicht genug amputiert hatte, und sollte er es nun noch weiter tun, etwa so, wie es mit der Venus von Milo geschehen war, die trotz ihrer Verstümmelungen berühmt geworden war? Zu einem solchen Zerstörungswerke hatte Gustav nicht den Mut. Aber er wollte den Engel auch nicht so zugerichtet stehen lassen. Deshalb kaufte er sich Elefantenkitt, der alle Schäden heilen sollte, legte sich eine Leiter zurecht, und als der Park abgeschlossen worden war und das Dunkel der Nacht sich breit gemacht hatte, kam Gustav aus seinem Versteck hervor, stellte die Leiter hoch und klebte die abgebrochenen Finger des Engels wieder an. Nun konnte sich das Grabmal doch wieder sehen lassen, und die Menschen brauchten nicht mehr stehen zu bleiben, den Kopf zu schütteln und in den Zeitungen über die Friedhofsschändung zu schimpfen. Aber auch Gustav ging von da ab wieder unbeschwert an dem Engel vorbei. Er kam sich vor wie ein Boxer, der den Gegner knockout geschlagen und nachher dem Besiegten doch wieder die Hand gegeben hatte. Was er an dem Engel niedergehauen hatte, was dessen Anmassung, ihm in seinem Tun und Lassen Vorschriften machen zu wollen. So war Gustav zweifach Sieger, einmal über die Gängelei einer Versteinerung, zu der er keine innere Beziehung hatte; das andere Mal über seine eigene Empfindlichkeit, die nicht frei genug gewesen war, über die Götzenbilder einer anderen Denkungsart die Achsel zu zucken. Fritz Wenck.

#### Witwenmord aus Habsucht.<sup>x</sup>

SPD. Bei vielen primitiven Völkern begegnen wir, wenigstens in Berichten aus früheren Zeiten, der Gewohnheit, nach dem Tode eines Grossen, beispielsweise eines Häuptlings, Menschenopfer darzubringen, vor allem das der eigenen Witwe des Verstorbenen. Es gilt nicht nur als verdienstvoll für die hinterbliebene Frau, ihrem Gatten im Tode zu folgen, um ihm im Jenseits weiterhin Gefährtin und Dienerin zu sein, sondern es war für sie direkt eine moralische Pflicht, der sie sich meist nicht zu entziehen vermochte. Versuchte sie, ihr Leben zu retten, so verfiel sie, falls es ihr wirklich gelang, dem Tode zu entgehen, lebenslänglicher Verachtung, wie etwa bei den Hindus, und einem elenden, entbehrungsreichen Dasein.

Forscher, die den Gründen für die Witwentötung nachgegangen sind, sties- sen überall auf religiöse Erklärungen. Der wirkliche Grund ist jedoch, wie es sich bei den Bewohnern der Fidschi-Inseln östlich von Australien nachweisen lässt, keineswegs religiöser Natur, sondern die Religion wurde auch hier, wie so oft, in den Dienst der gewöhnlichsten Habsucht gestellt und diente nur als Deckmantel für die Ausartung des Erwerbsinstinktes. Merkwürdig erscheint es auf den ersten Augenblick, dass die Brüder des Verstorbenen sich der Tötung widersetzen, dagegen die Verwandten der Witwe selbst ihren Tod mit aller

Gewalt herbeiführen wollen; die Erdrosselung der Frau muss sogar von ihrem eigenen Bruder vorgenommen werden, der sich mit allen Mitteln dazu drängt, seine Schwester umzubringen. Der Grund dieser unverstänlich erscheinenden Grausamkeit ist rein ökonomischer Natur und erklärt sich ohne weiteres aus dem dort geltenden Erbrecht. Heiratet nämlich der Bruder des Toten dessen Witwe, so tritt er damit an die Stelle des Verstorbenen und bekommt nicht nur die Mitgift der Witwe, sondern zunächst auch das Erbe der Kinder. Wenn dagegen die Frau erdrosselt wird, so schreibt das Erbrecht vor, dass die Kinder als Vollwaisen in die Verwandtschaft der Frau aufgenommen werden. Die Sippe der Frau hat also in diesem Fall, bevor die Kinder bei ihrer Grossjährigkeit ihr väterliches Erbteil erhalten, einmal die Verfügung über das Vermögen der Kinder, ferner fällt die Mitgift an die Familie der Frau zurück, und schliesslich darf der Bruder, der die Erdrosselung seiner Schwester vorgenommen hat, für seinen "Liebesdienst" eine der Pflanzungen des Verstorbenen in seinen eigenen Besitz überführen. Das erklärt es leicht, warum vielfach die Frauen von ihrer eigenen Verwandtschaft mit allen Mitteln gezwungen wurden, ihrem Manne in den Tod zu folgen. Auch das Bestreben des Schwagers, ihr Leben zu retten, beruht nicht gerade auf seiner Herzensgüte, sondern einfach auf dem Wunsche, die gesamte Erbschaft des Bruders einzustecken.

Die Fidschi-Insulaner gelten ohnehin als die habgierigsten und selbstsüchtigsten Eingeborenen der ganzen Südsee, und es liegt durchaus im Rahmen ihrer gesamten Geistesverfassung, dass sie auch vor dem Morde an den nächsten Angehörigen nicht zurückschrecken, wenn es gilt, sich in den Besitz von Vermögenswerten zu setzen. Dass die Religion hierfür als Vorspann benutzt wird, kann niemanden wunder nehmen, der weiss, wie oft religiöse Gründe vorgeschoben werden, wenn es gilt, einen höchst irdischen Anspruch zu bemänteln.

---

SPD. Gürtel mit Schellen.<sup>x</sup> Eine sonderbare Art von Gürteln wurde im 14. Jahrhundert die grosse Mode. Die Gürtel, die vor allem von den Männern bevorzugt wurden, bestanden aus aufgereihten viereckigen oder runden Blechen, an denen zuweilen noch Schellen oder Glöckchen angebracht waren. Die Frauen trugen manchmal auch an Kleidern Schellen. Meist wurde der Schellengürtel um die Hüften gelegt, doch zeigt ihn ein altes Trachtenbild auch auf den Schultern liegend. Der Ulmer Rat verbot im Jahre 1411 den Frauen das Tragen silberner und vergoldeter Gürtel mit Glocken und Schellen. Die Lübecker Kleiderordnung von 1454 dagegen stufte die Erlaubnis nach dem Vermögen ab. Die reichsten Leute dürften die Schellengürtel, die sogenannten "Dupfengs", tragen; ärmere durften nur eine goldene Kette oder eine beschlagene Seidenborte als Gürtel nehmen.

---

SPD. Frauen als Erfinderinnen von Haushaltsgeräten.<sup>x</sup> Erfinder der Herstellung von Tongefässen, der Keramik, sind die Frauen, wie vorgeschichtliche Forschungen ergeben haben. Die Erfindung wurde gemacht in der jüngeren Steinzeit, also mehrere tausend Jahre vor Christi, als die Jägervölker das Umherziehen aufgaben und anfangen, sesshaft zu werden. Die Frauen machten jedenfalls diese wichtige Erfindung zum Zwecke der Herstellung von Gefässen für die häuslichen Geschäfte, vor allem das Kochen, das ja nun an den Hausherden geschah, und sie blieben auch lange diejenigen, denen die Herstellung oblag. Kunstgewerbliche Frauenarbeit - denn diese Tongefässe wurden auch bald mit allerlei Verzierungen versehen - datiert also schon bis in die Frühzeit des Menschengeschlechts zurück.

---

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 19. Mai 1930.

In der Wildnis verirrt.<sup>x</sup>

SPD. Eines Morgens fasste ich den Entschluss, etwas weiter in die Umgebung der afrikanischen Farm, auf der ich für einige Wochen zu Gast war, zu reiten. Ich liess mein Maultier satteln, schnallte einigen Proviant und eine Feldflasche mit Wasser auf und trabte, nachdem ich Ephraim, dem lieben, braven Ephraim, meinem schwarzen Diener, einen freundschaftlichen Rippenstoss versetzt hatte, in die Wildnis.

Es war einer jener erstickend heissen Tage, an denen schon der Morgen alles Lebende zu versengen droht.

Nach mehrstündigem Ritt, der mich auf kleine Pfade, in weglose Tal= schluchten, über Hügel und Wiesen führte, hatte ich meine Feldflasche bis auf den letzten Tropfen geleert und kehrte, da mein Körper, ausgetrocknet und glühend heiss, nach Wasser lechzte, um. Den Proviant hatte ich fast unberührt gelassen. Ich wollte nur Wasser, Wasser!!

Auf einmal - es mochte etwa eine Stunde seit meiner Umkehr vergangen sein, kam mir die Gegend vollständig fremd vor. Ich hielt das Maultier an und suchte mich zu orientieren: vergeblich! Die Angst, mich hier in dieser wasserlosen, glühenden Wildnis verirrt zu haben, tilgte für wenige Augenblicke meinen Durst. Dann aber meldete er sich mit umso grösserer Macht wieder.

Das Maultier schien die Qualen seines Herrn nicht einmal zu ahnen. Gleichmässig, phlegmatisch und sicher trabte es dahin.

So irrten wir weglos umher, durch Affenbrotbaumwäldchen, deren Riesenstämme mit ihren wurstartigen Früchten wie spottend auf uns zeigten, über weite Grasflächen, die von mächtigen Schirmakazien und Kakteengruppen bestanden waren; hügel auf, hügel ab; in tiefe Talschluchten hinunter, an ausgetrockneten Bachbetten vorbei... Hin und wieder stürzten erschreckte Pavianherden vorüber, deren blaurote Hinterteile uns auch noch zu höhnen schienen. Der Durst wurde unerträglich.

Plötzlich, unvermittelt, brach die Dämmerung herein. Mit einem Male wurde es kalt, und nach wenigen Minuten war es Nacht: sternklare, eisigkalte Nacht. Mein Durst legte sich bis zur Erträglichkeit. In einer kleinen Hügelmulde zündete ich ein Feuer an, fror aber trotzdem mächtig und konnte nicht schlafen. Mein Maultier lag friedlich neben mir und träumte unbekümmert wie ein Säugling.

Am nächsten Morgen begann die Marter von neuem. Unvermittelt wurde es wieder wahnsinnig heiss: die Angst und der fürchterliche Durst setzten mir furchtbar zu, und ich musste mich zusammenreissen, um nicht apathisch sitzen zu bleiben. Einmal stiessen wir auf eine Katusinsel mitten in einer riesigen Wiese. Weil die Pflanzen so feucht aussahen, stach ich mit meinem Messer in eine hinein. Sofort quoll ein milchiger Saft heraus. Freudestrahlend leckte ich daran, um ihn im nächsten Moment jedoch wieder mit aller Intensität auszuspucken, denn er schmeckte unbeschreiblich bitter.

Das Maultier zeigte nun auch schon Durst- und Ermüdungserscheinungen. Die Zunge hing ihm weit aus dem Maulwinkel heraus; seine Augen hatten einen müden Glanz; von Zeit zu Zeit blieb es stehen, seine Entrüstung über eine solche Zumutung vor sich hin schnaubend. Von da an ging ich lange Strecken neben dem Tier.

Wir waren auf einem grösseren Hügel angelangt, als ich unten, in einem

kleinen Tale, drei runde zisternähnliche Steinbauten erblickte. Wie irrsinnig rannte ich hinunter und stand bald darauf vor einem steinernen Rätsel: die Mauern, vielleicht 2 Meter hoch, waren oben offen und umschlossen jede einen Grashügel, die ich durch abgebröckelte Stellen sehen konnte. (Später erfuhr ich, dass es sich um abessinische Gräber handelte).

Wieder eine Enttäuschung, aber immerhin: ein Menschenwerk stand vor mir, und das gab mir etwas Mut.

Es war am frühen Nachmittag. Ich hatte also über 30 Stundenlang keinen Tropfen Wasser mehr zur mir genommen und vor Durst auch nichts essen können.

Kaum noch meiner Sinne mächtig ritt ich durch das Tal weiter, als ich plötzlich auf einen kleinen Pfad traf. Meine Hoffnung, endlich Menschen zu erreichen, wuchs ungestüm und stachelte meine noch vorhandene Kraft auf. Mit irrsinnigen Schlägen trieb ich das Maultier an. Es konnte jedoch nicht mehr schneller gehen, selbst wenn es diesmal auch gewollt hätte.

Da machte das enge Tal mit einem Mal eine Biegung, wurde weit, und vor mir auf einer Erhöhung standen 3 Tokuls, die kegelförmigen Hütten der Abessinier mit ihren hohen Strohdächern und dem niederen Holzunterbau. Ich fiel förmlich vom Sattel und keuchte kriechend nach den Hütten hinauf. Vor mir musste Wasser sein, und nur langsam kam ich ihm näher!

Endlich erreichte ich die erste Hütte, stürzte hinein und - - fand sie leer! Halb verfallen!!!

Ich brüllte wie irrsinnig auf und taumelte nach der nächsten: leer!!!

Gerade, als ich aus der Türöffnung herausschwankte, kam aus der letzten Hütte ein altes, verrunzeltes, nur mit einem Lendentuch bekleidetes Weib. Bei meinem Anblicke kreischte es entsetzt auf und rannte, mit den dürren Armen wild gestikulierend, davon. Ich kümmerte mich nicht um die Alte und torkelte auf die Hütte zu. Da tauchten hinter dem Hause zwei Männer auf, und kamen halb ängstlich, halb angriffslustig, an mich heran. Ich sank vor ihnen ins Gras und hauchte: "Mai! Mai!" (Wasser! Wasser!) Sie begriffen die Harmlosigkeit meiner Person und brachten mir einen grossen Krug mit schmutzigem, lauem Wasser. Und ich trank, trank und - - - schlief sofort ein.

Am folgenden Morgen führten sie mich nach der Farm zurück. Erst gegen Abend erreichten wir sie.

Mein Maultier trabte wieder gestärkt und zufrieden des Weges.

Ephraim wäre vor Angst um mich beinahe gestorben. Er hatte mich sehr gern. Ich ihn auch.

Harald Spitzer.

---

### Sterndeuterei.<sup>X</sup>

---

SPD. Schon vor Jahrtausenden hat der gleichmässig, unveränderliche Gang der Gestirne Eindruck auf die Menschen gemacht; waren doch die Bewegungen der Himmelskörper damals der grosse Kalender, nach dem man die landwirtschaftlichen Arbeiten festsetzte und das öffentliche Leben regelte. Da man schon früh den Einfluss von Sonne und Mond auf die Witterungserscheinungen, auf die Bewegungen des Meeres (Ebbe und Flut) beobachtete, entstand der Gedanke, dass auch die fernsten Sterne Einfluss auf alles Irdische, also auch auf das Menschenleben hätten. Strenge Kälte, Kriege, Seuchen wurden mit bestimmten Stellungen der Gestirne oder mit Kometenerscheinungen in Verbindung gebracht. Wer doch all die geheimen Zusammenhänge durchschauen, wer doch die Ereignisse voraussehen könnte! Das war das Sehen der Menschen, und hier liegt die Quelle des Aberglaubens. Die ältesten Astrologen waren die Chaldäer. Von dort ging die Sterndeuterei auf die Babylonier und Ägypter über, zog durch Griechenland und das alte Rom,

um im späten Mittelalter auch das übrige Europa zu beherrschen. Die Stellung der Gestirne zur Zeit der Geburt eines Menschen war, nach der Lehre der Sterndeuter, richtunggebend für das ganze Leben. Kein wichtiges Unternehmen, keine Reise, keine Hochzeit wurde unternommen, ohne vorher den Rat des Astrologen eingeholt zu haben. Besonders ängstliche Gemüter liessen sogar die Sterne befragen, wann es an der Zeit sei, einen Zahn ziehen zu lassen. Jeder Fürst, jeder Feldherr und viele vornehme Leute hatten damals ihren Astrologen, der bei jeder wichtigen Handlung das "Horoskop" (den Stundenseher) stellen musste. Man teilte den Himmel in zwölf Bezirke, sogenannte "Häuser", ein. Da gab es ein Haus des Glücks, des Lebens, der Gesundheit, des Todes, der Feindschaft usw. Mars und Saturn galten als unglückbringende Sterne, während Jupiter und Venus als Glücksgestirne betrachtet wurden.

Der Grundgedanke der Astrologie ist gross und wahr: die ganze Natur ist ein einziger Organismus, alles ist den gleichen grossen Gesetzen unterworfen, Menschen wie Sterne. Genau wie man manche Gesetze zum grossen Teil erkannt und erforscht hat, beweist die Tatsache, dass die Astronomen in der Lage sind, Sonnen- und Mondfinsternisse bis auf die Sekunde auf Jahrhunderte vorauszu berechnen. Was aber die astrologischen Kalender prophezeien, widerspricht jeder nüchternen Ueberlegung. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum Mars und Saturn, die genau so gut andre Namen haben könnten und bei manchen Völkern auch haben, Unglücksgestirne sein sollen. Auch ist es vollständig sinnlos, zu behaupten, ein Mensch, der unter dem Sternbilde des "Wassermann" geboren wurde, müsse sich vor dem Wasser hüten. Ebenso unbegreiflich ist es, dass der Planet Uranus, der von der Erde 2869 Millionen Kilometer entfernt ist, der deutschen Republick "ungünstig" gesinnt sein soll. Unser Wille bestimmt das Schicksal des Staates, nicht der Planet Uranus.

Als besonders ausschlaggebend führen die Anhänger der Sterndeutekunst sehr gern an, dass auch Johannes Kepler, einer der grössten Astronomen aller Zeiten, der u.a. Wallenstein das "Horoskop" gestellt haben soll, zugleich Astrolog gewesen ist. Nun, Kepler lebte von 1571 bis 1630. Was aber dieser grosse Denker in Wahrheit über die Astrologie dachte, mag folgender Ausspruch von ihm beweisen: "Es ist wohl die Astrologie ein närrisches Töchterlein, aber, du lieber Gott, wo wollt' ihre Mutter, die hochvernünftige Astronomie, bleiben, wenn sie ihre närrische Tochter nicht hätte. Und sind auch sonst der Mathematiker Einkommen so seltsam und gering, dass die Mutter gewiss Hunger leiden müsste, wenn die Tochter nicht erwürbe". Die Gelehrten waren also damals regelrecht gezwungen, sich mit der Sterndeuterei zu befassen, wenn sie nicht verhungern wollten.

Die Astrologie hat schon sehr viel Unheil angerichtet. Nicht nur ist es gefährlich, willensschwachen Charakteren eine unglückliche Zukunft zu prophezeien; die Astrologen bei Hofe haben es auch sehr gut verstanden, ihre Feinde durch entsprechende "Deutungen" beseitigen zu lassen. Im Jahre 1567 liess König Erich XIV. von Schweden den Staatsmann Sture und seine ganze Familie ermorden, weil sein Sterndeuter ihm aus den Sternen gedeutet hatte, dass ein Mann mit blondem Haar aus seiner Umgebung ihn stürzen wollte und die Stures blond waren. Einer der berühmtesten Astrologen war Nostradamus, der im 16. Jahrhundert lebte. Zu seinen Verehrern gehörten zwei Könige, und seine Weissagungen waren weltberühmt, da sie, wie berichtet wird, alle "eintrafen". Siche hatte der Mann sehr gute Beziehungen, die ihm wertvolle Informationen einbrachten und ihm dadurch einen genügenden Weitblick für seine "Weissagungen" verschafften. Besteht doch die Kunst des Hellsehens sehr häufig darin, dass manche Menschen an und für sich ziemlich "helle" sind. Das beweist auch folgender Fall, der sich im Mittelalter ereignet hat. Als im Jahre 1623 nach dem Tode Gregors XV. ein neuer Papst gewählt werden sollte, beobachtete der Kardinal Barberini während des Zuges ins Wahlgebäude eifrig die Sterne und verkündete dann plötzlich mit grosser Bestürzung seinen Kollegen, dass der jetzt zu wählende Papst nach der Gestirn-Konstellation nicht 6 Wochen lang leben

werde. Alle scheuten sich nun vor der gefährlichen Würde. Siehe, da ging zu allgemeinem Troste Barberini einstimmig aus der Wahlurne hervor, der dann ruhig als Papst Urban VIII. - zwanzig Jahrelang den päpstlichen Stuhl zierte. In die Reihe der Monarchen, die von der Sterndeuterei viel mehr hielten als vom klaren Menschenverstand, gehört an erster Stelle König Ludwig XI. von Frankreich. Stets musste ein Astrologe in seiner Nähe sein. Als plötzlich eine seiner Mätressen starb, glaubte er, dass sein Sterndeuter, der gegen sie einen Groll gehabt, daran Schuld sei und die Sterne bestochen habe. Er liess ihn zu sich kommen, nachdem er zuvor seinen Dienern befohlen hatte, den Astrologen auf einen gegebenen Wink zum Fenster hinauszuerwerfen. Der schlaue Fürstenkenner merkte aber sofort, dass etwas nicht in Ordnung war, und als ihn der König fragte, wann er wohl zu sterben glaube, gab er nach kurzem Ueberlegen die Antwort: "Genau weiss ich die Zeit zwar nicht, aber ich fand bei der Stellung meines Horoskopes, dass ich drei Tage vor Eurer Majestät sterben werde." Darauf schenkte ihm der "tapfere" König das Leben.

Trotz dieser geistigen Finsternis gab es im Altertum und Mittelalter auch Männer, die bemüht waren, durch wissenschaftliche Naturbetrachtung das menschliche Weltbild zu vervollkommen. So stellte der griechische Weise Anaximander schon um 600 v. Chr. die Lehre auf, dass der Mond sein Licht von der Sonne habe, und dass diese eine ungeheure Feuermasse sei, welche die Erde an Grösse weit übertreffe. Anaximenes von Milet, 530 v. Chr., lehrte, dass die Fixsterne Sonnen seien, um die sich, wie um unsre Sonne, ebenfalls Planeten bewegten, die wir nur wegen der ungeheuer grossen Entfernung nicht sehen könnten. Dreissig Jahre später stellte Anaxagoras die Behauptung auf, die Sonne sei um vieles grösser als die südliche Halbinsel Griechenlands, und musste für diese Kühnheit in die Verbannung ziehen. Giordano Bruno, wohl der grösste Denker und Philosoph des Mittelalters, lehrte, dass die Erde nur ein kleiner, durchaus nicht bevorzugter Himmelskörper sei und die Fixsterne ferne Sonnen seien. Dafür wurde er im Jahre 1600 auf Befehl der katholischen Kirche verbrannt. Lang ist die Namenliste der Wahrheitskämpfer, die für ihre Ueberzeugung Freiheit und Leben opferten. Wir wollen hoffen, dass es nach und nach gelingt, die Nebel der Finsternis und des Aberglaubens mit dem Lichte der Wissenschaft zu zertheilen, damit in späteren Zeiten ein freieres, glücklicheres Menschengeschlecht den Erdball bevölkert.

Erich Krug.

---

M a i. X

Von A. Tschechow.

SPD. „Ein Monat der Liebe, des Flieders und heller Nächte. Dichter pflegen zu diesem Zeitpunkte die Nachtigallen des ungesetzlichen Zusammenlebens mit den Rosen zu bezichtigen, und sogar pensionierte Feldwebel geben sich einer zärtlichen Leidenschaft hin. Auf Befehl des Romulus ist der Name dieses Monats von majores abgeleitet - das sind Vorsteher und Senatoren, die ihres hohen Alters wegen im römischen Senat Sitzungen abhielten und Geschäftspapiere mit Sand bestreuten. Manche jedoch behaupten, der Name sei zu Ehren des Gestirnes Maja, die der Atlas zur Welt brachte, diesem Monat verliehen. Hierbei möchte ich die heikle Frage aufrollen: wie konnte Atlas Vater werden, nachdem er Tag und Nacht ohne Rast das Firmament stützen musste? Ich lasse diese Frage offen. Das Gestirn Maja gebar den Börsenhasen und Geschäftskenner Mercurius. Der Monat Mai galt damals als Erholungsperiode, und es war strengstens verboten, sich um diese Zeit zu verhehelichen. Den Waghalsigen, der die Verordnung überschritt, nannte man "Esel", "Dummkopf" oder einfach "Waschlappen".

"Mai ist der Monat der Liebe, doch nicht der Ehe", schreibt Cornelius Nepos." Also nicht matt werden, Bürger, und nicht auf den Köder beißen! Vergesst daher nicht, dass die Mailiebe schon anfangs Juni vorbei ist! Das Hauchzarte, das Ihnen im Monat Mai so göttlich schien, bekommt im Juni die Konturen eines Holzklumpens... (XXVI, 7).

Bei den Astronomen nimmt der Monat Mai in der Sonnenbahn den dritten Platz ein; die Sonne gelangt zum Zwillingszeichen.

Die Sommerfrischlerinnen rücken in diesem Monat in die erste Linie, da die Offiziere um diese Zeit die Manöver beginnen. Sollten sie ihre Zelte in der Nähe der Sommerfrischlerinnen aufschlagen, so kann das Zwillingszeichen als Warnung dienen: lassen Sie sich im Mai nicht hinarbeiten, damit im Winter der AI der Zwillinge Sie nicht belästigt!

Im Monate Mai kommen zur Welt: Maikäfer und Majore...

(Deutsch von S. Borissoff.)

---

### Was ist Erosion?<sup>X</sup>

---

SPD. Wem sind im Gebirge nicht schon die prachtvollen Geröllfelder aufgefallen, in denen, auf das allerfeinste aussortiert, von unten nach oben die grössten Felstrümmer allmählich in feinen Sand übergehen. Diese Trümmerhalden, vom Menschen an Bahndämmen, Bergwerkshalden, bei Müllabfuhr der Städte nachgeahmt und in ihrer Gesetzlichkeit angewandt, sind ein Produkt des Steinschlages durch die Verwitterung; ihre Form wird durch die Gesetze der Schwerkraft bestimmt, die es festlegen, dass der Böschungswinkel solcher Halden niemals mehr als 45 Grad beträgt. Einmal erreicht, ändert sich dieser Winkel ohne äusseres Zutun nicht mehr. Aber bevor er erreicht ist, überschreitet jede neue Zufuhr von Material die unterwertigen Winkel und steilt sie auf. Greift nun aber, wie man das im Hochgebirge und an alten Flussufern allerorten sehen kann, die Erosion in die Böschung ein und übersteilt sie, dann stürzen die darüber stehenden Blöcke nach, eine "Talentwicklung" setzt ein, bis wieder die bestgeneigte Böschung erreicht ist. So bildet jeder Fluss sein Tal V-förmig, wobei die Schenkel des V höchstens mal einen Winkel von 45 Grad ausmachen. Ist das erreicht, dann ist das Tal in der Sprache der Geographen "reif"; bis dahin "entwickelt" es sich nach dem Gesetz, das sich auch im "freien Fall" ausspricht, für den der kürzeste Weg der senkrechte, also der Winkel von 90 Grad ist. Das ist uns so gewohnt, dass es selbstverständlich erscheint, während es in Wirklichkeit eine Besonderheit der Welteinrichtung ist: Nichts anderes als der Ausdruck des vorteilhaftesten Geschehens. Ausgeprägt ist das in hundert und aber hundert Formen in der gesamten Welt, in Wasserfällen, Klammern, Felsmauern, Cannons, Stalaktiten und Mauern und Türmen. Hier steckt die Erklärung für die Mühe, die sich der Baumeister gibt mit Richtscheit und Senkblei. Denn nur das, was senkrecht steht, bleibt stehen und ist noch tragfähig für höhere Aufbauten; was nicht senkrecht steht, ist nicht haltbar.

Die vielen merkwürdigen Lehren der Erdkunde über die Erosion und die Schollebrüche gehen alle auf diese wenigen Grundsätze zurück. Unter Erosion versteht die Geologie die Tatsache, dass die lebendige Kraft des Wassers den gesamten Verwitterungsschutt ständig wegräumt und dadurch auf alle Höhen des Festlandes ständig abtragend wirkt. Während die Abwankung durch die Schubkräfte die Meeresküsten reinspült, arbeitet die Erosion unter dem Diktat des Fallgesetzes stets direkt und sucht den senkrechten Weg in die Tiefe. Sie ruht nicht, bis nicht der Ausgleich erreicht ist. Kein Geschehen in der Welt ruht, bis nicht die Ursache, die es ins Leben rief, den Ausgleich mit seiner Wirkung gefunden hat. Die Vorbedingung der erodierenden Wirkungen sind nun die Son-

nenwirkungen auf das Gestein. Die Hitze dehnt die Felsen aus, die nächtliche Abkühlung zieht sie so zusammen, dass Sprüngenfeinste Risse entstehen. In den Wüsten, wo die Temperaturdifferenzen zwischen Tag und Nacht 60 bis 80 Grad betragen, sieht man allenthalben abgesprungene Gesteinsstücke. Wo Winterfrost herrscht, vollendet das beim Frieren sich ausdehnende Wasser das Werk der Verwitterung. Dazu kommt die Gesellschaft der Bakterien, Spaltalgen und Flechten, die jeden an der Luft liegenden Fels besiedeln und chemisch zermürben. So zermorscht wird dadurch der eisenharte Fels, dass wir auf einsamen, selten bestiegenen Gipfeln im Vorder-Karwendel an der Tiroler Grenze auf Graten durch einfaches Angreifen ganze Steinbauten zum Einsturz brachten. So kommt es zum Steinschlag, der den Schutt am Fusse der Wände anhäuft.

Mit diesem Material arbeitet nun die Erosion. Schon oben in der luftigen Höhe wirkt sie durch den Kohlensäuregehalt des Regens lösend auf fast alle Gesteine, namentlich aber auf die kalkhaltigen; tiefer unten verträgt sie mit den Wildbächen und kleineren Rinnsalen bis zu den grossen Bergströmen alles gelockerte Material und benutzt dieses selbst als Vehikel, um die kantigen Trümmer zu Geröllen zurechtzuschleifen, auch diese zu Kies, Sand und Schlamm zu zerreiben und immer wieder zu verfrachten. Dazu nagt das Wasser immer in die Tiefe; wo noch ein bisschen Gefälle ist, entfaltet es seine Macht; aber auch, wo alles eben ist, steht es nur oben still. In der Tiefe sickert es immer noch erdwärts und löst am Untergrunde. Gar nichts kann dieser Tätigkeit widerstehen; sogar im Granit graben sich Regenrollen ein; bestimmt wird der Wirkungsgrad vom Gefälle und der Weichheit des Gesteins. Die Gesamtmacht ist unermesslich, denn 30 Billionen und 600 Milliarden Kubikmeter Wasser fliessen jährlich in den Flüssen dem Meere zu. Wenn trotzdem in der Hochgebirgshöhe von 1800 bis 2400 m die Gebirge durch die Erosion in je 1100 Jahren nur um einen Meter ihrer Gesamthöhe abgetragen werden, so genügt das, um ein Gebirge wie die Alpen in vier Jahrmillionen spurlos von der Erde verschwinden zu machen. Den höchsten Grad ihrer Wirkung erreicht die Erosion in den weichen Gesteinen, namentlich im Kalk. Dort sind die berühmten Schaustücke der Alpen, die Klammern und Erdpyramiden. Aber auch im Sandstein nagt sich das Wasser die bizarrsten Türme und Wandgebilde heraus. Still steht die Erosion erst in den Ebenen, und eigentlich wird das Antlitz aller Gebirge von ihr geprägt und damit das Bild des gesamten Festlandes.

R. Francé.

---

SPD. Neue Urmenschenfunde.<sup>x</sup> In der Nähe von Rom wurde ein neuer, gut erhaltener Neandertalschädel ausgegraben. Bis auf den Unterkiefer sind die ganzen Kopftheile grösstenteils vorhanden. Der Schädel ist lang und sehr niedrig und lässt in seinen Einzelheiten deutlich die typischen Merkmale der Neandertalrasse erkennen. In der gleichen Fundschicht kommen auch Reste von Flusspferden, Waldelefanten, Auerochsen usw. vor, also die charakteristische Tierwelt der letzten Zwischeneiszeit. Ebenso wurden in Mähren von Professor Dr. K. Absolon von der Prager Universität an verschiedenen Stellen, besonders bei Wisternitz, einem Orte zwischen Wien und Brünn, eine Unmenge von Knochen und Geräten gefunden. Die Gesamtablagerungszeit der 10 Meter hohen Fundschichten schätzt Professor Absolon auf rund 100 000 Jahre. Die Funde beweisen, dass diese Menschen vom Aurignac-Typ, die hier lebten, ausgezeichnete Mammutjäger waren und furchtbar unter den gewaltigen Dickhäutern gewütet haben müssen. Die Fundstätten lassen erkennen, dass man die Tiere in Fallgruben gelockt und sie dann von oben her mit einem mächtigen, an Seilen befestigten Stein so lange bearbeitet hat, bis sie verendeten.

---

# Deutscher Reichstag

167. Sitzung vom 19. Mai 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums. Damit verbunden ist die Beratung eines Antrags des Verkehrsausschusses, auf die Reichsbahn einzuwirken, dass die durch die Erhöhung der Berliner Stadt- und Ringbahntarife entstandenen Härten ausgeglichen werden, der Fahrpreis der Umsteigefahrscheine für Erwachsene von 40 auf 35 Pfg. herabgesetzt wird und Umsteigefahrscheine für Kinder eingeführt werden.

Der Verkehrsausschuss ersucht die Regierung in einem weiteren Antrag, durch Vorlage eines Gesetzes die Ausnahmevorschrift des § 27 über Kleinkraftäder im Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 21. Juli 1923 zu beseitigen, aber durch besondere Bestimmungen die Freiheit von der Prüfung und Führerscheinplicht für Kleinkraftträger sicherzustellen. Schliesslich ersucht der Ausschuss um die Bereitstellung von Mitteln zur Beseitigung der schweren Uferabbrüche an der Untereibe.

Abg. Klönne (Chr. Nat.) warnt vor zu grosser Sparsamkeit bei Kanalbauten. Die hierfür gemachten Aufwendungen dienen zur Entlastung bei der Erwerbslosenunterstützung. Notwendig sei die Fortführung des Rhein-Main-Donau-Kanals. Mit der Regulierung der Oderwasserstrasse dürfe nicht gewartet werden, bis der letzte Spatenstich beim Mittellandkanal getan sei. Die Reichsbahn dürfe nicht durch ihren Konkurrenzkampf gegen den Kraftwagenverkehr die Entwicklung dieses wichtigen Verkehrsmittels hindern.

Reichsverkehrsminister v. Guérard

weist darauf hin, dass der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums höchstens zwei Prozent der Gesamtaufwendungen für das deutsche Verkehrswesen umfasst. Aus dieser Zahl ergibt sich schon, dass die Aufgaben des Verkehrsministeriums im gesamten Verkehrswesen nur beschränkte sein könne. Seine Aufgabe ist es, die verschiedenen Zweige des Verkehrs in ihrer Eigenart zu erkennen und eine volkswirtschaftlich schädliche Zersplitterung des Verkehrswesens zu verhindern. Der Verkehr ist nicht Selbstzweck, sondern er soll der Wirtschaft dienen. Für die verschiedenen Verkehrsmittel müssen möglichst gleiche Bedingungen geschaffen werden. Das von der Reichsbahn im Konkurrenzkampf mit dem Kraftwagenverkehr angewandte System der Kampftarife ist nicht unbedenklich. Im Luftverkehr kann die Verkehrssicherheit gefördert werden durch dauernde Verbesserung der Motoren. Unter dem beunruhigenden Rückgang des Verkehrs leidet am schwersten die Reichsbahn, die mit so grossen Reparationslasten beschwert ist. Die Finanzlage der Reichsbahn ist unter diesen Umständen besorgniserregend. Die von der Reichsbahn beantragte Tarifierhöhung für Massengüter hat die Reichsregierung abgelehnt, ebenso aus sozialen Gründen die Preiserhöhung der Arbeiterwochenkarten. Zu der beantragten Erhöhung der Personentarif in mässigen Grenzen hat sich die Reichsregierung ihre Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten. Die dauernde Beibehaltung der Beförderungssteuer in ihrem bisherigen Umfang wird kaum möglich sein, wenn die Reichsbahn lebensfähig bleiben soll. Auf dem Gebiet der Wasserstrassen beschränken wir uns im wesentlichen auf die Fortführung angefangener Bauten. Neue Arbeiten können auch am Mittellandkanal zurzeit nicht begonnen werden. Angesichts der Notlage des Ostens sind die Arbeiten zur Oderregulierung besonders dringlich. Die Fertigstellung des Königsberger Seekanals ist noch in diesem Etatsjahr zu erwarten. Die Reichswasserstrassenverwaltung wird erst mit der nötigen Klarheit, Einfachheit und Sparsamkeit geführt werden können, wenn dem Reich der Einfluss gegeben wird, den wir jetzt durch Verhandlungen mit den Ländern erreichen wollen. In der Luft

fahrt mussten die im Vorjahre stark beschränkten Mittel ergänzt werden, um den deutschen Luftverkehr überhaupt aufrecht erhalten zu können. Die deutsche Luftfahr-Industrie kann den Wettbewerb mit dem Ausland nur bestehen, wenn sie aus Reichsmitteln einen Ersatz für das erhält, was die Industrien des Auslandes an den grossen Aufträgen ihrer Länder gewinnen. Für die Förderung der deutschen Luftfahr-Industrie werden in diesem Jahre 7 Millionen angefordert. Die Richtlinien für die Verwendung dieser Mittel werden dem Reichstag demnächst zugehen. Wir fördern nach Kräften die Zusammenarbeit zwischen Luftschiff und Flugzeug.

Abg. Schumann - Frankfurt (Soz):

Die Sozialdemokratische Partei ist stets für den Ausbau der Verkehrsmittel, der Wege und Strassen im weitesten Ausmass eingetreten. Zu der Zeit, als noch erheblich mehr Mittel dafür vorhanden waren, fehlte es nicht selten an dem Zusammenwirken der leitenden Stellen. Der einsichtslose Kampf der Reichsbahn gegen die Binnenschifffahrt hat mit dem Sieg der letzteren geendet; ist sie doch der billigste Weg zur Beförderung von Massengütern. Durch diesen Kampf hat die Wirtschaft grosse Verluste gehabt. Jetzt kämpft die Reichsbahn gegen den Kraftwagenverkehr, und es sind bereits unerträglich, zum Teil wirtschaftsschädigende Zustände eingetreten. Der Kraftwagenverkehr ist beweglicher, anpassungsfähiger und billiger, als die Eisenbahn. Das Institut für Konjunkturforschung veranschlagt für 1929 die Leistungen des Kraftwagenverkehrs auf  $4\frac{1}{2}$  bis  $4\frac{3}{4}$  Millionen Tonnenkilometer, also von den 76 Millionen Tonnenkilometern der Reichsbahn nur 5 bis 7 %. Die Reichsbahn gibt ihren Einnahmeausfall durch den Kraftwagenverkehr für 1929 auf rund 410 Millionen Mark an, davon 190 Millionen beim Personenverkehr und 220 Millionen beim Güterverkehr. Die Richtigkeit dieser Berechnung unterliegt starken Zweifeln, immerhin steht fest dass der Kraftwagenverkehr eine starke Konkurrenz ist.

Die vom Verwaltungsrat der Reichsbahn nach dem Referat des Industriellen Duisberg beschlossene Tarifierhöhung, der das Kabinett zum Teil zugestimmt hat, ist sehr bedenklich und liegt nicht im Interesse der Volkswirtschaft. Die Erhöhung des Stückgütertarifs bedeutet eine Mehrbelastung für die verarbeitende Industrie und müsste in einer Zeit stärksten Absatzrückgangs unbedingt vermieden werden. Die Erhöhung der Zeitkarten usw. trifft namentlich die arbeitenden Menschen, und selbst der Berichterstatter Silverberg hat sie als einen kalten Lohnabbau bezeichnet. Nicht mit solchen Mitteln ist der Reichsbahn zu helfen, sondern nur durch rationellste Wirtschaftsführung und Modernisierung des Betriebs, aber nicht durch Schaffung neuer Anlagen, die man nach einigen Jahren wieder schliesst. Vor allem müssten die unnötigen und unproduktiven Ausgaben, wie für den Bahnschutz, diese Kriegsspielerei, verschwinden, es müssten die hohen Gehälter und die Leistungszulagen, die unbedingt zur Korruption führen müssen, beseitigt werden. Auch die Reichsbahn sollte mehr "Dienst am Kunden" treiben. (Sehr richtig!) Eine Herabsetzung der Beförderungssteuer wäre allerdings für die Reichsbahn nützlich. Die gleichmässige Belastung des Kraftwagenverkehrs mit der Reichsbahn dürfte undurchführbar sein. Die Einführung einer Konzessionspflicht für Güterspeditionsbetriebe hätte nur zur Folge, dass die Industriewerke noch mehr zum Eigentransport übergehen. Eine Heranziehung des Kraftwagenverkehrs zu den Kosten der Strassenerhaltung wäre dagegen angezeigt.

In den Strassen waren vor dem Krieg 2,5 Milliarden Mark investiert, jetzt 9 Milliarden Mark. Für Bau und Erhaltung der Strassen sind 1929 rund 709,9 Millionen Mark ausgegeben worden. Demgegenüber brachte die Kraftverkehrssteuer in demselben Jahr 209,5 Millionen Mark ein. Wenn auch durch die Benzinsteuern usw. der Autoverkehr stärker belastet ist, so bleibt immer noch eine Unterbilanz von  $\frac{1}{2}$  Milliarde Mark bei den Strassenerhaltungskosten. Hoffentlich gelingt es der unter Führung der Reichskreditanstalt stehenden Gesellschaft zur Förderung des deutschen Strassenbaues, die notwendigen Mittel vom Ausland

zu erhalten und ihre rationelle Verwendung durch Beseitigung der Zersplitterung in der Verwaltung des Strassenwesens zu sichern. Zu fordern ist, dass der Untersuchungsausschuss für die Verbesserung des Binnenverkehrs rascher arbeitet und seine Ergebnisse baldigst vorlegt. (Sehr richtig!)

Nach wie vor sind wir für ausreichende Unterstützung des Luftverkehrs, halten aber die Entwicklung des Lokal- und des Zubringerverkehrs für dringend erforderlich. Wir sind auch damit einverstanden, dass die Flugzeugindustrie mit 7 Millionen unterstützt wird, fordern aber die Vorlegung der Richtlinien für die Verteilung dieses Betrages. Dagegen sind 2,3 Millionen für Unterhaltung der Fliegerschulen und Ausbildung von Fliegern zu hoch. Denn der Bedarf beträgt höchstens 30 - 35 neue Flieger im Jahr; rechnet man noch den Flugzeugexport dazu, so kommt man auf einen Höchstbedarf von 750 000.- bis 1 000 000.- Mark im Jahr. Leider ist unser Einschränkungsantrag im Ausschuss abgelehnt worden, auf der anderen Seite aber enthält der Etat zu wenig für die Binnenwasserstrassen. Hier ist Erhöhung dringend zu wünschen, weil sonst ein Verfall zu befürchten ist. Die Unterbrechung des Baues verschiedener Wasserstrassen hat die Kosten erheblich verteuert. Die Oder muss im Interesse des Ostens durch die Schleuse bei Ransern und andere Werke ausgebaut werden, ebenso das östliche Eisenbahnnetz. Polen tut erheblich mehr und geht weit weniger bürokratisch vor zur Eingliederung seiner neu gewonnenen Gebiete. (Sehr wahr!)

Wir stimmen auch diesmal den Anforderungen zur Ausgestaltung der Verkehrsmittel zu, erwarten aber, dass unsere Anregungen berücksichtigt werden. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Hartmann (Dn) begründete eine Entschliessung der Deutschnationalen Fraktion, in der die Reichsregierung ersucht wird, mit tunlichster Beschleunigung die Belastung der Strassen durch Achsdruck und Gesamtgewicht und die Geschwindigkeit der Lastkraftwagen sowie die Ausdehnung der Wagen dergestalt einzuschränken, dass die bestehenden Gefahren für die Wegebaupflichtigen und die Hausbesitzer vermieden werden, und die entsprechende Verordnung dem Reichstag vorzulegen. Weiter wünscht der Redner Fahrpreismässigungen für die Reisen, die bedürftige nächste Verwandte der Kriegsgefallenen zu deren Grabstätten unternehmen.

Abg. Gross (Ztr) wünscht eine einheitliche Zusammenfassung der Leitung der verschiedenen Verkehrseinrichtungen im Verkehrsministerium. Im Amtsbereich dieses Ministeriums gebe es viel zu viele Beiräte. Der Minister sollte einmal dem Reichstag eine Aufstellung geben über die Zahl der diesen Beiräten angehörenden Mitglieder und Stellvertreter. Die Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft fordere zur schärfsten Kritik heraus.

Abg. Dr. Wieland (Dem): Das Binnenschiffahrtsproblem kann nur international gelöst werden. Die Erhöhung der Gütertarife der Reichsbahn verdrängt den Güterverkehr zum billigeren Lastauto. Die Abschreibungen der Reichsbahn sind zu hoch. Wasserstrassen können ebenso wenig wie Landstrassen rentabel sein.

Abg. Mollath (WP) bezweifelt die Angaben der Reichsbank über die Einnahmeausfälle durch den Autoverkehr. Bei ihren oberen Stellen spart die Reichsbahn keineswegs. Der Luftverkehrsetat ist unübersichtlich aufgestellt und überreichlich subventioniert.

Das Haus vertagt sich um 18.45 Uhr auf Dienstag 15 Uhr: Verkehrssetat, Reichswehretat.

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 19. Mai (Eig. Ber.)

In der Montagsitzung überwies der Landtag zunächst die Anträge, die sich auf die Notlage des Kupferbergbaues in Mansfeld beziehen, ohne Aussprache dem Ausschuss für Handel und Gewerbe. Darauf wurde eine grosse Anzahl rückständiger Etattitel erledigt. Für die Ausbildung der Strafanstaltsbeamten wurden 60.000 Mark bewilligt, für die Landesbühnenorganisation 1,6 statt bisher 1,2 Millionen, für den Grenzfonds 15 Millionen. Es folgt die erste Lesung des Ur-antrags der Regierungsparteien auf Erhöhung der staatlichen Grundvermögenssteuer um 100%.

Abg. Ladendorff (W.P.): Statt der versprochenen Senkung der Realsteuern kommt man uns mit einem neuen Eingriff in die Substanz des Privateigentums. (Die Wirtschaftspartei ruft unter Führung des Abg. Dr. Rhode im Takt: Nieder mit der Regierung, nieder mit dem Finanzminister! Grosse Heiterkeit links) Binnen kurzem wird man wegen der Aufwertungshypotheken zu neuen Mieterhöhungen schreiten müssen. (Abg. Haase-Liegnitz W.P. ruft: Dann machen wir noch vielmehr Theater!) (Grosse Heiterkeit links! Zuruf links: Falscher Haase! Heiterkeit) An dieser Bankrottwirtschaft ist der Geist der preussischen Regierung schuld. Sie lässt Herrn Dr. Grimme sagen: Besitz ist schuld. Aber Besitz ist Arbeit und Sparsamkeit, Besitz ist Dienst am Vaterland und an der Republik (Beifall recht Lachen bei den Soz.).

Abg. Becker-Wilmersdorf (Komm.): Der Antrag der Regierungsparteien ist ein offenes Geschenk an die Hausbesitzer. Er ist die gradlinige Fortsetzung der Finanzpolitik Brüning. Wir stehen in Preussen vor der verlängerten Bürgerblockfront, die von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen reicht. (Lautes Lachen bei den Soz.)

## Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff:

Niemand bestreitet, dass der preussische Etat sparsam aufgestellt ist. Der Abschluss für das kommende Etatjahr weist trotzdem einen Fehlbetrag von 110 Millionen aus. Was soll nun geschehen? Die Oppositionsparteien haben uns keinen besseren Vorschlag gemacht, als es der Antrag der Regierungsparteien ist. In blosser Negation kann sich eine verantwortungsvolle Politik nicht erschöpfen. Sollen wir die Beamtgehälter abbauen? Auch die Wirtschaftspartei ist im Reiche an dieses heisse Eisen nicht herangegangen. Sollen wir die Aufwendungen für soziale Zwecke beschränken? Das ist bei dem gegenwärtigen Stande der Arbeitslosigkeit völlig unmöglich. Sollen wir das Defizit ungedeckt lassen? Dann steuern wir in eine Katastrophe hinein, wie sie das Reich im letzten Dezember erlebt hat. Also müssen wir den Fehlbetrag decken. Vorgeschlagen war eine Erhöhung der Hauszinssteuer um 10%. Sie ist abgelehnt worden, weil darin 3% direkter Zuwendung an die Hausbesitzer vorgesehen waren. Wir mussten eine Steuer suchen, die möglichst gleichmässig alle Schultern belastet, und wir haben sie in diesem Antrag gefunden. Ablehnen kann ihn nur, wer den Bedürfnissen des Staates keinerlei Rechnung trägt (Beifall links).

## Abg. Szillat (Soz.)

Es ist natürlich leichter, starke Töne gegen eine neue Steuer zu finden, als positive Vorschläge für eine bessere Steuer zu machen. (Zuruf bei der Wirtschaftspartei: Wir sind nicht verantwortlich für Eure Bankrott-Politik!) Meine Partei hat jedenfalls bei so ernster Finanzlage keine Neigung, Scherze zu machen oder mit dem Abgeordneten Haase-Liegnitz Theater zu spielen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Sprecher der Wirtschaftspartei hat Tränen der Wehmut

## Landtag Blatt 2

zerdrückt, weil statt der versprochenen Steuersenkungen eine neue Steuererhöhung käme. Die Wirtschaftspartei sass noch nicht acht Tage in der Reichsregierung, da hatte sie 575 Millionen neue Steuern mitbeschlossen. (Lebhaftes Hört, hört! links) Die preussische Regierung hat dem wirtschaftsparteilichen Justizminister Dr. Bredt Sparvorschläge unterbreitet, die dieser an den Reichstag geleitet hat; mit dem Erfolg, dass der Reichstag diese Bredt'sche Kleine Justizreform ohne Ausschussberatung einstimmig abgelehnt hat. (Hört, hört! links) Das sind die Erfolge bei Ersparnismassnahmen für die Wirtschaftspartei dort, wo sie in der Regierung sitzt. (Zuruf bei der Wirtschaftspartei: Seit knapp sechs Wochen!) Die Wirtschaftspartei hat über das, was sie in der Regierung tun würde, hier seit Jahren so grosse Töne geredet, dass wir keine Schuld tragen, wenn wir in dem Irrglauben waren, ihre Fähigkeiten würden mit ihren Reden irgendwie in Übereinstimmung sein. (Heiterkeit und Sehr gut! links) Der preussische Etat für 1930 hatte bei seiner Einbringung einen Posten von 88 Millionen vorgesehen: Mehreinnahmen aus Reichsüberweisungssteuern. Diese Mehreinnahmen werden wir nicht haben; oder vielmehr nur in Höhe von 9 1/2 Millionen. Der im Reich beschlossene Finanzausgleich ist mehr auf die Bedürfnisse Bayerns, als auf die Preussens zugeschnitten. (Sehr wahr! links) Schon deshalb hat die Wirtschaftspartei, die diesen Finanzausgleich mitbeschlossen hat, jetzt in Preussen kein Recht, Vorwürfe zu erheben. Wir fassen unsere Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft dahin auf, aus den gegebenen Machtverhältnissen das Bestmögliche für die Arbeiter herauszuholen. Der Preussische Landtag hat nach Lage der Reichsgesetzgebung nur wenige Wege offen, den Fehlbetrag im Staatshaushalt zu decken. Sollen wir für den Staat eine Gewerbesteuer erheben? Dafür fände sich hier sicher keine Mehrheit. Können wir die Hauszinssteuer so umbauen, dass nicht mehr einzelne Hausbesitzer daran verdienen? Wir haben es im Jahre 1926 versucht, und die Vorlage ist hier mit 198 gegen 192 Stimmen abgelehnt worden. Unter den Ablehnenden waren sämtliche kommunistische Abgeordnete des Hauses. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) (Zuruf bei den Komm.: Wir sind eben grundsätzlich gegen die Hauszinssteuer!) Ach was, Sie erhalten jede Woche von Moskau eine neue Parole; sonst könnten Sie sich unter Ihren sämtlichen Grundsätzen garnicht mehr durchfinden! (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Sollen wir den Staatsanteil an der Hauszinssteuer vergrössern? Das würde eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes herbeiführen. Sollten wir nach dem gemachten Vorschlag die Hauszinssteuer um 10% erhöhen? Das hätte 10% mehr Miete und 3% Geschenk an die Hausbesitzer bedeutet. Wir haben das abgelehnt und diesen Vorschlag zu Fall gebracht. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung der Grundvermögenssteuer bedeutet äusserstenfalls Erhöhung der Miete um 4%. Das war das Günstigste, was wir bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen durchsetzen konnten. Denn wir können uns nicht darauf einlassen, irgendeinen Zusatzantrag mit einer Zufallsmehrheit durchzusetzen, und nachher in der Schlussabstimmung keine Mehrheit zu haben. Wir müssen in dieser politischen Arbeitsgemeinschaft der preussischen Regierungskoalition den schwierigen Ausgleich der Arbeiterinteressen und der Interessen der bürgerlichen Parteien so zu finden suchen, dass beide Teile glauben, den Beschluss verantworten zu können. Unter diesem Gesichtspunkt erschien uns der vorliegende Vorschlag der günstigste für die unerlässliche Deckung des Fehlbetrages im Haushalt. Der entgegenstehende Vorschlag der Erhöhung der Hauszinssteuer hätte die breiten Massen des Volkes mit 330 Millionen jährlich belastet; der vorliegende Antrag belastet sie mit 105 Millionen. Er liegt im Rahmen unserer Politik, der Politik des Erreichbaren und Vernünftigen. Und diese Politik bleibt besser als eine Politik, die alles fordert und nichts erreicht, auch wenn die Berliner "Rote Fahne" lügt, dass dieses Gesetz nicht 4%, sondern 20% Mieterhöhung brächte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Ausgleich des preussischen Etats gewährt zugleich die Möglichkeit zur Durchführung eines Schullastenausgleichs und macht in den Gemeinden Beiträge frei, die sie in den Stand setzen, die ausserordentlich hohen Wohlfahrts

lasten wenigstens einigermaßen zu decken. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Neumann-Frohnau (D.V.P.) bezweifelt die Abwälzbarkeit der erhöhten Grundvermögenssteuer. Nur der Verwaltungskostenbeitrag, der alle erwachsenen Volksgenossen gleichmässig trifft, würde Länder und Gemeinden wirklich zur Sparsamkeit zwingen.

Abg. Kölges (Ztr.): Wir alle wissen, dass die Steuerlasten viel zu hoch sind, aber die hemmungs- und verantwortungslose Opposition weiss genau so gut wie wir, woher die hohen Lasten kommen, die wir zu tragen haben. (Zuruf bei der Wirtschaftspartei: Herr Friseur, das ist Schaumschlägerei!) Wenn die Wirtschaftspartei hier im Chor: Nieder mit der Regierung! ruft, beweist sie bloss ihren Mangel an Geschmack und Urteilsvermögen. Wenn die Wirtschaftspartei im Reich längere Zeit mit uns zusammen zu regieren gedenkt, wird sie sich darüber klar werden müssen, dass in dieser Tatsache eine gewisse Verpflichtung zur Anständigkeit liegt (Lebhafter Beifall im Zentrum, grosser Lärm rechts).

Abg. Dr. Falk (Dem.): Unser Stolz in Preussen ist die geordnete Finanzwirtschaft, und daran halten wir fest.

Abg. Oberdörster (Komm.) kündigt den Steuerstreik an. Die Vorlage wird dem Hauptausschuss überwiesen.

Zweite Lesung Dienstag.

---

### Landtag-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 19. Mai (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag wurden am Montag der lange umstrittene Grenzfonds mit 15 Millionen beschlossen und der Staatszuschuss für die Landesbühneorganisation von 1,2 auf 1,6 Millionen erhöht.

Den grössten Teil der Sitzung hüllte die erste Lesung des Antrages auf Erhöhung der staatlichen Grundvermögenssteuer um 100% (4% Miete) ein. Als die Preussische Regierung den Etat dem Hause vorlegte, war er ausgeglichen. Aber er enthielt einen sehr zweifelhaften Posten: 88 Millionen Mark mehr Reichsüberweisungssteuern. Die inzwischen im Reichstag verabschiedete Finanzreform hat Preussen keine Mehreinnahme von 88 Millionen, sondern nur eine solche von 9 1/2 Millionen gebracht. Es ergab sich also ein Defizit von 78 1/2 Millionen. Zu diesem Fehlbetrag kamen der neubewilligte Grenzfonds von 15 Millionen, staatliche Mehraufwendungen für den Häuserneubau 14,1 Millionen und kleinere Mehrbewilligungen während des Laufes der Etatberatungen insgesamt 4 Millionen. So ergab sich ein Fehlbetrag von rund 110 Millionen, der gedeckt werden musste. Die Erfahrungen im Reich haben gezeigt, dass ein Staat mit ungedeckten Fehlbeträgen in völlige Abhängigkeit von den Grossbanken gerät und die demokratische Selbstregierung zum blossen Schein herabwürdigt.

Die Reichsgesetzgebung lässt den Ländern nur wenige Steuerwege offen. Besitz- und Einkommensteuer aller Art darf nur das Reich beschliessen. Den Ländern überlassen sind Gewerbesteuer, Grundvermögenssteuer, Hauszinssteuer und ähnliche Steuerarten. Eine Gewerbesteuer für den Staat hat niemand vorgeschlagen; dazu sind die kommunalen Gewerbesteuern heute schon zu hoch. Das Zentrum wünschte eine um 10% erhöhte Hauszinssteuer; das hätte 10% Miete mehr bedeutet davon 4% an den Staat, 3% für Mietsenkung und 3% für die Hausbesitzer. Die Sozialdemokratie musste das ablehnen, weil sie bei den hohen Opfern, die von dem arbeitenden Volk bereits verlangt werden, den Hausbesitzern nicht noch eine besondere Barzuwendung machen konnte. Die Rechtsparteien und die Wirtschaftspartei forderten die Kopfsteuer, die sogenannte Verwaltungsabgabe in Höhe von

6 Mark von jedem erwachsenen Staatsbürger. Auch dieser rohen, früher nur in Negerstaaten üblichen, jetzt von der Regierung Frick in Thüringen eingeführten Kopfsteuerten Kopfsteuer konnte die Sozialdemokratie ihre Zustimmung nicht geben. Der relativ erträglichste Ausweg blieb die Erhöhung der staatlichen Grundvermögenssteuer.

In der Montagsitzung des Landtags schimpften die Kommunisten eifrig über die Ausplünderung der Mieter, die Wirtschaftspartei noch etwas lauter über die Ausplünderung der Hausbesitzer. Die Wirtschaftsparteiler machten grosses Entrüstungstheater - ihr Abgeordneter Haase - Liegnitz bezeichnete es selbst als Theater - und beschimpften den Finanzminister. Worauf der Zentrumsabgeordnete Kölges die treffende Bemerkung machte, dass das Zentrum im Reiche eigentlich mit recht unanständigen Gesellen zusammenregiert.

Dienstag zweite Lesung und Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung,

---